



Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
- Bücherei -

V 0458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

25. Jahrgang · Heft 6

Juni 1973

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Grafik des Monats: 130 Jahre Bevölkerungsgeschehen

Aufsätze: Schweinehaltung
Molkereiwirtschaft
Fremdenverkehr
Alten- und Pflegeheime

Kurzberichte: Gewächshausfläche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

UNSER AMTSLEITER

Herr Direktor Werner Laskowski

IST AM 9. JUNI 1973

KURZ VOR VOLLENDUNG SEINES 65. LEBENSJAHRES
NACH SCHWERER KRANKHEIT VERSTORBEN.

DIE AMTSLEITUNG WAR IHM IM APRIL 1967 ÜBERTRAGEN WORDEN,
NACHDEM ER, DER SCHON VOR DEM 2. WELTKRIEG
IM STAATSDIENST TÄTIG GEWESEN WAR,
SEIT 1953 DER LANDESREGIERUNG
IM INNENMINISTERIUM GEDIENT HATTE.

DEN GEBORENEN OSTPREUSSEN ZEICHNETE
HOHES PFLICHTGEFÜHL, HÄRTE GEGEN SICH SELBST
UND EIN AUSGEPRÄGTES BERUFSETHOS AUS.

SEINE KOLLEGIALITÄT,
SEINE AUF AUSGLEICH BEDACHTE PERSÖNLICHKEIT
UND SEIN UNBESTECHLICH GERADLINIGER CHARAKTER
LIESSEN IHN IN UNSEREM AMTE SCHNELL RESONANZ FINDEN
UND SICH AUCH HEIMISCH FÜHLEN.

ALS AMTSLEITER VERTRAT DER VERSTORBENE WIRKSAM
DIE INTERESSEN DES LANDESAMTES;
ALS JURIST BETEILIGTE ER SICH ERFOLGREICH
IM RECHTSAUSSCHUSS DER STATISTISCHEN LANDESÄMTER.

WIR WERDEN DIESEN HEITEREN,
VERSTÄNDNISVOLLEN UND LIEBENSWERTEN MENSCHEN
IN GUTER ERINNERUNG BEHALTEN.



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

25. Jahrgang · Heft 6

Juni 1973

Aktuelle Auslese



Häufigste Unfallursache: zu schnelles Fahren

Im Jahre 1972 wurden bei rund 18 000 Straßenverkehrsunfällen in Schleswig-Holstein knapp 27 900 Unfallursachen ermittelt. Das sind – wie 1971 – 1,5 Ursachen je Unfall. 78 % aller Unfallursachen wurden bei Fahrzeugführern und 10 % bei Fußgängern festgestellt. Auf ungünstige Straßenverhältnisse (z. B. Eis- und Schneeglätte), Witterungseinflüsse und Hindernisse auf der Fahrbahn entfielen 9 % der Ursachen. Die restlichen Unfallursachen (2 %) waren auf technische Mängel der Fahrzeuge zurückzuführen.

Unter den Ursachen, die Fahrzeugführern zugeschrieben wurden, tritt am häufigsten mit 27 % aller Ursachen zu schnelles Fahren auf. Es folgen mangelnde Verkehrstüchtigkeit mit 16 %, vor allem Alkoholeinfluß, Fehler beim Überholen, Vorbeifahren und Begegnen mit 14 % sowie Nichtbeachten der Vorfahrts- und Verkehrsregelung mit 13 %.

Die meisten Fehler (73 %) machten die Fußgänger beim Überschreiten der Fahrbahn außerhalb von Fußgängerüberwegen, ohne auf den Fahrzeugverkehr zu achten oder durch plötzliches Hervortreten hinter Sichthindernissen. Zwei Drittel dieser Ursachen wurden bei Kindern unter 15 Jahren und bei Erwachsenen im Alter von 65 und mehr Jahren ermittelt. An zweiter Stelle der Unfallursachen bei Fußgängern steht Alkoholeinfluß mit einem Anteil von 8 %.



Wohnungsbau weiterhin auf hohem Niveau

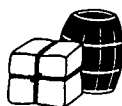
Von Januar bis April 1973 wurden in Schleswig-Holstein für 9 540 Wohnungen in Wohngebäuden Baugenehmigungen erteilt. Damit lag das Ergebnis um 253 Wohnungen (3 %) über dem des

entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Das zeigt, daß die Nachfrage nach Wohnungen bisher auf dem hohen Niveau der vergangenen Monate blieb. Bei den Fertigstellungen ist von Januar bis April 1973 mit 3 597 Wohnungen nahezu dasselbe Ergebnis erzielt worden wie in den ersten vier Monaten des Vorjahres.



Starke Zunahme der Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

Die Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude sind in Schleswig-Holstein von Januar bis April 1973 gegenüber den ersten vier Monaten des Vorjahres ganz erheblich gestiegen. Mit 580 Nichtwohngebäuden und 3,0 Mill. Kubikmeter umbautem Raum lag die Gebäudenzahl um 30 % und der umbaute Raum um 70 % höher als im Vorjahreszeitraum.



Ausfuhr überschritt Grenze von 3 Mrd. DM

Im Jahre 1972 führte Schleswig-Holstein Waren im Werte von über 3 Mrd. DM aus. Damit hat sich der Ausfuhrwert im Vergleich zu 1971 um knapp 17 % erhöht. Ohne die Ausfuhr von Wasserfahrzeugen, die den Umfang der schleswig-holsteinischen Ausfuhr wesentlich beeinflusst, stieg der Wert der ausgeführten Güter um fast 14 %.

Während die Ausfuhr von Gütern der Ernährungswirtschaft um 7 % abnahm, konnte die Ausfuhr von Gütern der gewerblichen Wirtschaft um 21 % gesteigert werden. Wichtigstes Exportgut waren wiederum Maschinen. Insgesamt wurden Maschinen im Wert von 734 Mill. DM ausgeführt. Das sind 24 % der Gesamtausfuhr. An zweiter Stelle lagen Wasserfahrzeuge mit einem Exporterlös in Höhe von 600 Mill. DM.

Aus dem Inhalt

Schweinehaltung

Seite 123

Auch in der Schweinehaltung ist, wie in anderen Zweigen der Landwirtschaft, seit Jahren ein Strukturwandel zu beobachten; er führte zu einem Rückgang der Zahl der Tiere auf knapp 1,6 Mill. Über diesen Wandel werden einige neue Informationen aus der Landwirtschaftszählung 1971 vorgelegt. Es handelt sich um Auszählungen der Bestände nach der Haltungsforn, also nach Mastschweine-, Zuchtsauen- und kombinierten Haltungen. Dank einer früheren entsprechenden Auszählung kann auch mit 1967 verglichen werden. Die Anteile der Bestandsgrößen an der Gesamtzahl haben sich in charakteristischer Weise verändert. Die Veränderung führte zu einer größeren Spezialisierung als je. Eine Gegenüberstellung mit den ausgewählten Nachbarländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zeigt, daß der Wandel der Betriebsgrößenstruktur dort erheblich geringer war als bei uns, ebenso der Spezialisierungsgrad. Als eng verbundene Fragen werden die Milchviehhaltung und die Arbeitskräftesituation untersucht.

Molkereiwirtschaft

Seite 128

In den letzten 15 Jahren hat die Molkereiwirtschaft, die 1972 in Schleswig-Holstein mit 970 Mill. DM Umsatzdritter im Branchenvergleich war, sich stürmisch gewandelt. Die Betriebe wurden größer und rüsteten sich technisch modern aus, die Marktsituation schlug vom Mangel zum Überfluß an Produkten um. Der Engpaß der betrieblichen Entwicklung ist jetzt die Nachfrage. Bedarf muß nicht mehr gedeckt sondern geweckt werden. Produktinnovation erfordert riesigen Aufwand und birgt hohes Risiko – beides ist nur Großunternehmen und Zusammenschlüssen möglich. Von den 534 Unternehmen 1956 blieben 1973 nur noch 155, allerdings von erheblich gesteigener Größe. Bundes- und Landesmittel haben erheblich zu Ausmaß und Richtung des Wandlungsprozesses beigetragen.

Fremdenverkehr

Seite 135

2,2 Mill. Gäste verbrachten 18,4 Mill. Nächte in Schleswig-Holstein, dessen 2,5 Mill. Einwohner vermutlich 925 Mill. mal im Lande übernachteten; das ist nur 50 mal so viel, oder anders ausgedrückt: auf jeden Einwohner, ob Kind oder Greis, kam im Jahr (1. 10. 1971 bis 30. 9. 1972) ein Besucher, der 7 Tage blieb. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Gäste um 2 %, die der Übernachtungen um 1 % verringert, vermutlich infolge des kalten Wetters

im Sommer. Dem Rückgang der Nachfrage stand ein gestiegenes Angebot gegenüber: 204 000 Betten in Betrieben und privat waren 5 % mehr als 1971. Der Zuwachs lag fast allein im gewerblichen Bereich. Die Kapazitätsauslastung hat sich demgemäß verschlechtert. Noch immer finden sich 70 % aller Übernachtungen in den Seebädern, 64 % von diesen wiederum im Juli und August. Die zeitliche Konzentration ist in keinem anderen Bundesland auch nur annähernd so ausgeprägt wie hier. Anders als im Sommer verzeichnete man im Winter 1971/72 einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 4 % bei den Gästen und sogar 9 % bei den Übernachtungen. Durchschlagend war die Zunahme der Übernachtungen im Winter mit 42 % in den Ostseebädern.

Alten- und Pflegeheime

Seite 140

Ende 1972 bestanden in Schleswig-Holstein 307 Heime, die dem Aufenthalt alter oder alter und pflegebedürftiger Menschen dienten. 134 bezeichneten sich als reine Altenheime, 124 nahmen daneben auch Pflegefälle auf, 37 waren reine Altenpflegeheime, von 12 waren keine Angaben zu erlangen. Die meisten – 153 – Heime waren privat, 82 waren kommunal, 72 gehörten einem der Wohlfahrtsverbände. Insgesamt standen in allen Heimen 15 700 Plätze zur Verfügung. Von den 10 500 Zimmern waren knapp zwei Drittel (mit 43 % der Betten) Einzelzimmer, ein Viertel (mit 35 % der Betten) Doppelzimmer, ein Zehntel (mit 22 % der Betten) hatten 3 und mehr Betten. Die Vorstellung von Altenheimen als hilflichen Gebäuden mit altmodischer baulicher Ausstattung geht an der Wirklichkeit vorbei: alle Zimmer hatten Zentralheizung, die weitaus meisten kaltes und warmes Wasser. Außerhalb der Zimmer stand für etwa 10 Bewohner eine Dusche oder Badewanne bereit. 1 500 Gemeinschaftsräume der verschiedensten Art dienten den sozialen Bedürfnissen. 4 300 Menschen waren in den Heimen tätig, davon 1 560 eigentliches Pflegepersonal, also etwa eine Kraft auf 10 Bewohner. Der Tagessatz für die Unterbringung im Altenheim lag häufig bei 10 – 15 DM, im Pflegeheim bei 20 – 25 DM.

Gewächshausfläche

Seite 144

Erste Ergebnisse aus der Gartenbauerhebung 1972/73 weisen 112 ha Gewächshausfläche und 36 ha Frühbeetfläche nach, womit die erstere in den letzten 11 Jahren um 95 % gestiegen, die letztere um 20 % gesunken ist. Der Anstieg war durch Mehrproduktion von Blumen und Zierpflanzen entstanden.

Entwicklungen in der Schweinehaltung

Die Schweinehaltung stagniert seit einigen Jahren in Schleswig-Holstein und ist nach den letzten Zählungsergebnissen sogar rückläufig. Bei der Dezemberzählung 1972 hatte der Bestand mit knapp 1,6 Millionen Tieren den niedrigsten Stand seit 1960 erreicht. Diese Entwicklung ist in letzter Zeit vielfach beklagt worden, da die schleswig-holsteinische Landwirtschaft in diesem wichtigen Produktionszweig infolge der Aufstockung in anderen Bundesländern laufend Marktanteile verliert. Als Ursachen hierfür sind von Fachleuten die Preis-/Kostenverhältnisse und der allgemeine landwirtschaftliche Strukturwandel genannt worden. Wir wollen mit diesem Beitrag einige neue Informationen über den Strukturwandel in der Schweinehaltung geben.

Die Entwicklung in Schleswig-Holstein

Bei der Auswertung der Dezember-Viehzählung von 1967 hatten wir die schleswig-holsteinischen Schweinehaltungen nach Haltungsformen unterteilt, um den Grad der Spezialisierung sichtbar zu machen¹. Das Statistische Bundesamt hat jetzt im Auftrage des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten aus dem Material der Landwirtschaftszählung von 1971 eine sehr ähnliche Auszählung für alle Bundesländer vorgenommen, die für Schleswig-Holstein auch einen Vergleich mit unserer damaligen Auswertung ermöglicht.

Wie wir bereits damals gezeigt haben, ist die schleswig-holsteinische Schweinehaltung in hohem Maße spezialisiert. Auf der einen Seite gibt es die reinen Mäster, die keine einzige Zuchtsau im Stall haben. Ihnen stehen auf der anderen Seite die Züchter gegenüber, zu denen wir auch die Halter gerechnet haben, die neben Zuchtsauen einige wenige "andere Schweine mit 20 kg und mehr Lebendgewicht" - so heißen neuerdings die altbekannten Kategorien der Jung- und Schlachtschweine - im Stall hatten (diese Zurechnung ist notwendig, weil die von den Züchtern zur Ergänzung der Sauenbestände gehaltenen Jungsauen unter 50 kg als "andere Schweine ..." gezählt werden). Zwischen diesen beiden Gruppen stehen die "kombinierten Haltungen", in denen Mast und Zucht betrieben wird, in denen also die selbst herangezogenen Ferkel auch gemästet werden. Bei Übergewicht des einen oder anderen Zweiges wurde diese Haltung der mittleren Gruppe zugeordnet. Die Ferkel haben wir aus der Auswertung herausgelassen. Die "Schlacht- und Mastschweine" werden kurz als "Mastschweine" bezeichnet.

¹) siehe in dieser Zeitschrift 1969, S. 71 (April)

Zunächst haben wir - mit sehr niedrigen Grenzen - die Klein- und Selbstversorgerhaltungen ausgeschieden, um die Auswertung auf die erwerbsmäßige Schweinehaltung zu beschränken. Sieht man von den Ferkeln ab, so wurden von diesen Erwerbsschweinehaltern in Schleswig-Holstein sowohl 1967 als auch 1971 fast übereinstimmend rund 175 000 Zuchtsauen und knapp 1 Million Schlachtschweine gehalten. Da die normalen Dezemberzählungen in den Zwischenjahren keine großen Ausschläge zeigten, könnte man annehmen, hier sei eine Art stationärer Zustand erreicht. Das ist jedoch keineswegs der Fall.

Wie die erste Tabelle zeigt, hat die Zahl der hier abgegrenzten "Erwerbsschweinehaltungen" von 1967 bis 1971 von 32 200 auf 25 400 - also um reichlich ein Fünftel - abgenommen. Die zweite Tabelle zeigt darüber hinaus, daß diese Abnahme in den Betriebsgrößenklassen von 10 bis 30 ha dem Rückgang aller Betriebe, also dem allgemeinen Strukturwandel der Betriebsgrößen entsprach. Über 30 ha waren die Zunahmeraten bei den Schweinehaltern dagegen erheblich geringer

Erwerbsschweinehaltungen in Schleswig-Holstein 1967 und 1971

	Mast- schweine- haltungen	Kombinierte Haltungen	Zucht- schweine- haltungen	Haltungen zusammen
I a) Haltungen zusammen				
1967	7 740	7 600	16 853	32 193
1971	7 520	4 931	12 943	25 394
Differenz	- 220	- 2 669	- 3 910	- 6 799
%	- 2,8	- 35,1	- 23,2	- 21,1
b) Haltungen unter 30 ha				
1967	4 901	4 790	13 297	22 988
1971	3 967	2 590	8 989	15 546
Differenz	- 934	- 2 200	- 4 308	- 7 442
c) Haltungen ab 30 ha				
1967	2 839	2 810	3 556	9 205
1971	3 553	2 341	3 954	9 848
Differenz	+ 714	- 469	+ 398	+ 643
II Mastschweine				
1967	535 273	346 227	105 980	987 480
1971	637 701	271 587	61 902	971 190
%	+ 19,1	- 21,6	- 41,6	- 1,6
III Zuchtsauen				
1967	-	44 323	131 249	175 572
1971	-	40 329	135 427	175 756
%	-	- 9,0	+ 3,2	+ 0,1
Verteilungen 1971 in %				
Halter	30	19	51	100
Mastschweine	66	28	6	100
Zuchtsauen	-	23	77	100

als es dem Gesamtstrukturwandel entsprochen hätte. Entweder sind also mit dem Anwachsen der Betriebe häufig die Schweine abgeschafft worden oder es sind relativ mehr Betriebe von Nichtschweinehaltern gewachsen, während relativ mehr Schweinehalter ihre Betriebe ganz aufgegeben haben. Ersteres könnte durch Liquiditätsschwierigkeiten bei der Aufstockung, letzteres durch eine denkbare relative Überalterung der Schweinehalter begründet sein. Gewißheit können hier nur Verlaufs- und Kombinationsanalysen bringen, die zur Zeit leider noch nicht möglich sind. Die Aufgliederung der Haltungen nach Haltungsformen gibt jedoch weitere Einblicke.

Veränderungen 1967 bis 1971 in %

Art der Betriebe	Größenklasse in ha LF				
	unter 10	10-20	20-30	30-50	50 und mehr
Alle Betriebe	(- 31) ^a	- 35	- 18	+ 11	+ 27
Schweinehalter ¹	- 42	- 35	- 20	+ 5	+ 11
Mäster ¹	- 30	- 21	- 7	+ 23	+ 29
Züchter ¹	- 47	- 31	- 15	+ 12	+ 9
Kombinierte Haltung ¹	- 43	- 55	- 40	- 21	- 8

¹) ohne Klein- und Selbstversorgerhaltungen

a) 2 - 10 ha

Von den 25 400 Erwerbsschweinehaltungen aus dem Jahre 1971 waren 30% reine Mastbetriebe. In ihnen befanden sich zwei Drittel aller Mastschweine! Ihre Zahl hatte seit 1967 um gut 200 abgenommen. Zwar sind unter 30 ha rund 900 Haltungen weniger vorhanden, dafür sind über 30 ha aber 700 Haltungen hinzugekommen. Im Vergleich mit dem allgemeinen Betriebsgrößenstrukturwandel waren die Abnahmen unter 30 ha sogar unterproportional, die Zunahmen über 30 ha überproportional.

Wesentlich anders sieht es bei den Züchtern aus; auf sie entfielen 1971 mit 12 900 Einheiten die Hälfte aller Haltungen und drei Viertel des Zuchtsauenbestandes. Ihre Zahl hat in den vergangenen Jahren um durchschnittlich fast 1 000 Haltungen pro Jahr abgenommen. Zwar gibt es auch hier in den Betriebsgrößenklassen ab 30 ha Zunahmen, sie waren jedoch sogar absolut gesehen wesentlich geringer als bei den Mästern und blieben vor allen Dingen in den Größenklassen ab 50 ha, auf die sich die schleswig-holsteinischen Betriebe immer stärker zubewegen, weit hinter den Zuwachsraten der Gesamtheit zurück. Hier wird deutlich, daß der Sauenhaltung in den flächenwachsenden Betrieben zur Zeit offensichtlich arbeitswirtschaftliche und finanzielle Probleme im Wege stehen.

Die kombinierten Haltungen schließlich - in denen sowohl gezüchtet als auch gemästet

wird - haben sich noch weit stärker verändert als die Zuchtbetriebe. Mit 4 900 Einheiten entfielen 1971 auf diese Gruppe nur noch 19% aller Erwerbsschweinehaltungen. Seit 1967 hat ihre Zahl um fast 2 700 Einheiten oder 35% abgenommen. Ein Teil dieser Betriebe wird sich möglicherweise spezialisiert haben und ist daher heute in den Flügelgruppen enthalten. Der größere Teil hat aber die Schweinehaltung oder den Betrieb ganz aufgegeben.

Zusammenfassend ergibt sich, daß die schleswig-holsteinische Schweinehaltung heute stärker spezialisiert ist denn je. Während die Mäster mit dem Wandel in der Betriebsgrößenstruktur Schritt halten, nimmt die Zahl der Züchter und besonders die Zahl der kombinierten Haltungen überproportional ab. Wenn dennoch die Zahl der gehaltenen Schweine von 1967 bis 1971 etwa konstant blieb, so nur deswegen, weil die verbliebenen Halter ihre Bestände teilweise erheblich vergrößerten. Das zeigt die erste Tabelle sehr deutlich, wenn man die Veränderungsdaten der Halter in den einzelnen Kategorien mit denen der Tiere vergleicht.

Vergleich mit den Nachbarländern

Aus den allgemeinen Viehzählungen ist bekannt, daß sich die Schweinehaltung in den südlichen Nachbarregionen offensichtlich ganz anders entwickelt als in Schleswig-Holstein. In Nordrhein-Westfalen ist der Gesamtschweinebestand - also einschließlich Klein- und Selbstversorgerhaltung und einschließlich der Ferkel - von 1967 bis 1971 um 14% und in Niedersachsen sogar um 17% größer geworden, während er in Schleswig-Holstein um 5% abgenommen hat. Wir können nun hier nicht untersuchen, ob die Schweinehaltung bei unseren Nachbarn rentabler betrieben werden kann als bei uns. Wir können jedoch einige Unterschiede zwischen hüben und drüben aufzeigen, die die verschiedenen Entwicklungen etwas verständlicher machen oder teilweise erklären. Dabei ist es nicht ganz einfach zu entscheiden, was Ursache und was Wirkung ist. Leider liegen für Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen keine Zahlen über die einzelnen Haltungsarten im Jahre 1967 vor. Wir haben sie aber für 1971 und können sie mit den schleswig-holsteinischen vergleichen. Außerdem haben wir für alle drei Länder Zahlen über die Betriebe nach Betriebsgrößenklassen in den Jahren 1967 und 1971.

Die dritte Tabelle zeigt, daß in den Nachbarländern relativ viel mehr Betriebe unter 30 ha Größe vorhanden sind als bei uns, und daß sich dort der Wandel in der allgemeinen Betriebsgrößenstruktur sehr viel

Landwirtschaftliche Betriebe und Erwerbsschweinehaltungen
in den drei norddeutschen Flächenländern

Land	Größenklasse nach der LF in ha				
	unter 10	10-20	20-30	30-50	50 und mehr
	Landwirtschaftliche Betriebe 1971 (Anzahl)				
Schleswig-Holstein	13 850	6 890	8 376	9 440	4 820
Niedersachsen	77 737	37 066	24 014	19 436	8 408
Nordrhein-Westfalen	76 999	31 445	17 166	9 687	3 204
	Veränderung in der Zahl der Betriebe 1967 bis 1971 in %				
Schleswig-Holstein	- 31 ^a	- 35	- 18	+ 11	+ 27
Niedersachsen	- 26 ^a	- 23	+ 4	+ 20	+ 25
Nordrhein-Westfalen	- 22 ^a	- 15	+ 14	+ 18	+ 12
	Erwerbsschweinehaltungen 1971				
Schleswig-Holstein	4 678	4 586	6 282	6 825	3 023
Niedersachsen	35 477	31 056	20 498	15 553	5 759
Nordrhein-Westfalen	25 357	22 469	13 377	7 718	2 048
	Erwerbsschweinehaltungen in % aller Betriebe 1971				
Schleswig-Holstein					
1967	.	66	77	76	72
1971	34	67	75	72	63
Niedersachsen	46	84	85	80	68
Nordrhein-Westfalen	33	71	78	80	64

a) Größenklasse 2 - 10 ha

langsamer vollzogen hat als hier. So hat die Zahl der Betriebe zwischen 10 und 20 ha Größe im Vergleichszeitraum in Schleswig-Holstein um 35% abgenommen, in Niedersachsen betrug die Abnahme nur 23% und in Nordrhein-Westfalen sogar nur 15%. Zwischen 20 und 30 ha Größe nahmen die Betriebe in Schleswig-Holstein um 18% ab. In Niedersachsen dagegen nahmen sie um 4% und in Nordrhein-Westfalen sogar um 14% zu! Zwischen 30 und 50 ha vergrößerte sich die Zahl der Betriebe in Schleswig-Holstein um 11%, in Niedersachsen um 20% und in Nordrhein-Westfalen um 18%. Die Betriebe dieser 3 Größenklassen sind aber bisher für die Schweinehaltung und hier wieder insbesondere für die Sauenhaltung von entscheidender Bedeutung gewesen.

Es kommt jedoch nicht allein auf die Entwicklung der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe an. Von ebenso großer Bedeutung ist es, wie weit die Schweinehaltung in diesen Betrieben verbreitet ist und welche Strukturen vorherrschen. Auch hierzu gibt es bemerkenswerte Unterschiede zwischen den drei Ländern. Wie unsere dritte Tabelle weiter zeigt, ist der Anteil der Erwerbsschweinehaltungen an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in den Nachbarländern, und zwar besonders in Niedersachsen in allen Größenklassen höher als bei uns. Für Schleswig-Holstein wird sichtbar, daß dieser Anteil

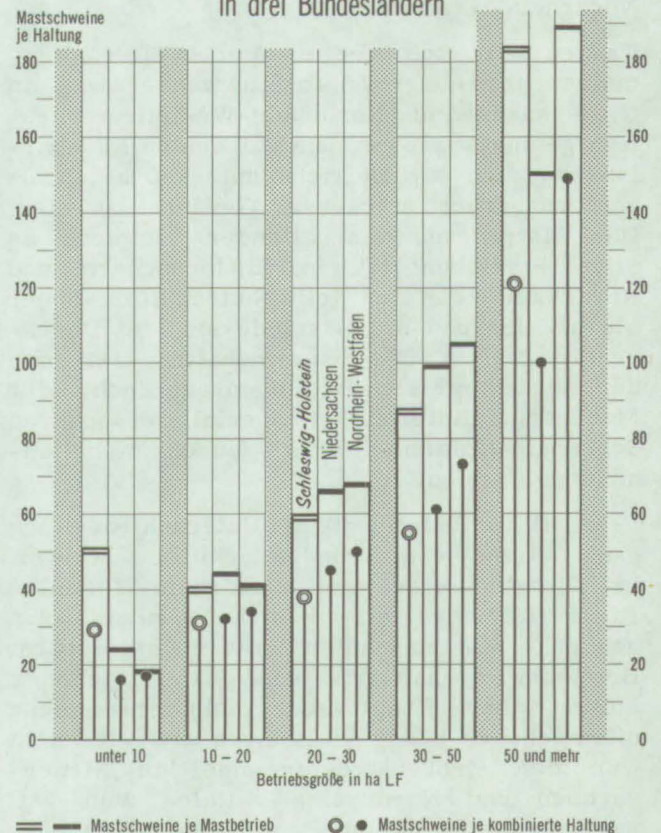
von 1967 bis 1971 mit wachsender Betriebsgröße rückläufig war. Ob das in den Nachbarländern auch so ist, läßt sich nicht zeigen, weil die Vergleichszahlen für 1967 fehlen; es ist jedoch kaum anzunehmen, da die Werte sehr hoch sind und in den entscheidenden Größenklassen über den schleswig-holsteinischen Anteilswerten des Jahres 1967 liegen.

Struktur der Schweinehaltungen 1971
in den drei norddeutschen Flächenländern

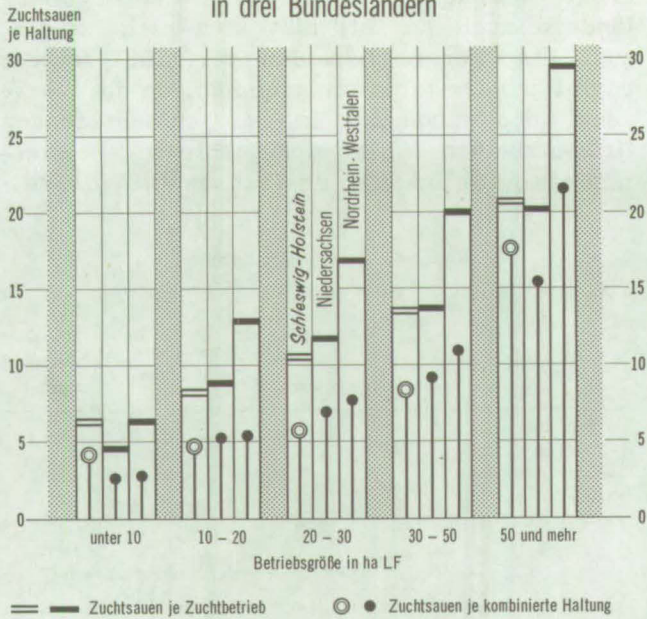
Land	Mast-schweine-haltungen	Kombinierte Hal-tungen	Zucht-schweine-haltungen
	Verteilung der Haltungen in %		
Schleswig-Holstein	30	19	51
Niedersachsen	23	32	44
Nordrhein-Westfalen	34	39	38
	Verteilung der Mastschweine in %		
Schleswig-Holstein	66	28	6
Niedersachsen	47	45	8
Nordrhein-Westfalen	55	37	8
	Verteilung der Zuchtsauen in %		
Schleswig-Holstein	-	23	77
Niedersachsen	-	36	64
Nordrhein-Westfalen	-	30	70

Die vierte Tabelle weist nach, daß in unseren Nachbarländern zwar die in ihrer Schweinehaltung spezialisierten Betriebe auch beträcht-

D - 4487
Mastschweine-Bestandsgrößen 1971
in drei Bundesländern



Zuchtsauen-Bestandsgrößen 1971 in drei Bundesländern



lich überwiegen. Das Gewicht der kombinierten Haltungen ist aber noch erheblich höher als hier in Schleswig-Holstein. Sieht man sich schließlich die Grafik mit den durchschnittlichen Bestandsgrößen je Haltung in den einzelnen Haltungsformen an, so liegen diese in fast allen vergleichbaren Größenklassen und Kategorien in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen höher als in Schleswig-Holstein. Ganz besonders trifft das für die Sauenhaltungen und kombinierten Haltungen Nordrhein-Westfalens zu.

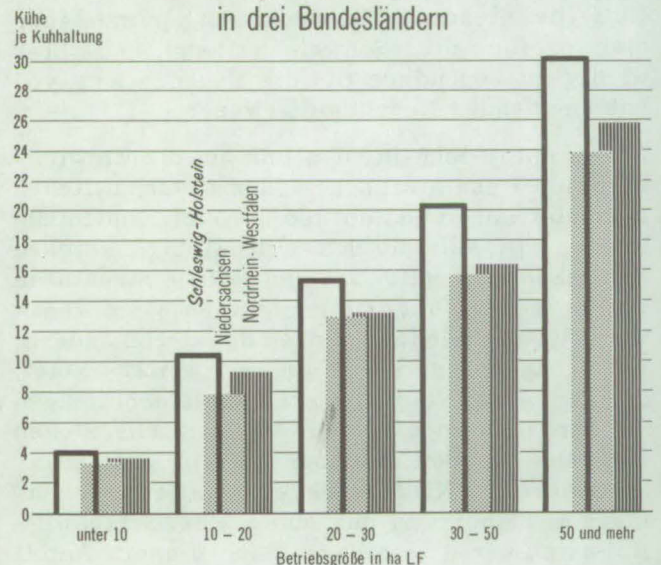
Fassen wir auch hier zusammen: Der allgemeine Betriebsgrößenstrukturwandel war in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen erheblich geringer als bei uns. In beiden Nachbarländern sind die Betriebe unter 30 ha Größe von wesentlich stärkerem Gewicht als hier. Der Anteil schweinehaltender Betriebe an allen Betrieben ist in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen teils beträchtlich höher als bei uns und die Bestände sind im Durchschnitt größer. Die Schweinehaltung ist auch dort in den meisten Betrieben auf Zucht oder Mast spezialisiert. Der Spezialisierungsgrad Schleswig-Holsteins wird jedoch nicht annähernd erreicht.

Vermutlich haben diese Unterschiede eine ganze Reihe von Gründen. Ob und wie weit in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Preis-/Kostenvorteile bestehen, kann - wie gesagt - von uns nicht untersucht werden. Betriebswirtschaftler und Marktfachleute sollten diese Frage aber diskutieren, denn offensichtlich hängt viel davon ab. Vielleicht war der Größenstrukturwandel in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zum Teil sogar deswegen geringer, weil mehr Betrieben

durch die umfangreichere Schweinehaltung die Existenzgrundlage verblieben ist. Eine so weitgehende Folgerung kann sicher nicht uneingeschränkt gezogen werden. Hierzu müßten zumindest Vergleiche für kleinere Regionen vorgenommen werden. Auch wäre es denkbar, daß bei weiterem Strukturwandel in den Nachbarländern in deren Schweinehaltung ähnliche Tendenzen eintreten wie in Schleswig-Holstein. Unabhängig von diesen Fragen sind aber noch weitere Gründe zu untersuchen. Besonders wichtig erscheinen uns hier die Situation in der Milchviehhaltung und die allgemeine Arbeitskräftelage der Betriebe zu sein.

Zunächst zur Milchviehhaltung: Der Anteil des Dauergrünlandes an der LF war 1971 in den schleswig-holsteinischen Betrieben aller Größenklassen bis zur 50 ha-Grenze um etwa 5 bis 7 Prozentpunkte höher als 1960. In den Betrieben über 50 ha Größe ist er dagegen heute im Durchschnitt geringer als damals. Beim Größenstrukturwandel ist also das Ackerland mobiler gewesen als das Grünland, die grünlandstarken Betriebe sind zurückgeblieben. Dieser Effekt tritt in Schleswig-Holstein infolge des stärkeren Strukturwandels viel ausgeprägter in Erscheinung als in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Abgesehen von den niedersächsischen Betrieben ab 30 ha Größe liegt der durchschnittliche Dauergrünlandanteil der schleswig-holsteinischen Betriebe in allen Größenklassen beträchtlich über den Werten in den entsprechenden Betriebsgruppen der Nachbarländer und hier besonders gegenüber Nordrhein-Westfalen. Im Zusammenhang mit diesen Dauergrünlandanteilen ist die Milchviehhaltung zu sehen. Zwar ist der Anteil kuhhaltender Betriebe an allen Betrieben

Kuhhaltungs-Bestandsgrößen 1971 in drei Bundesländern



zwischen den Ländern innerhalb vergleichbarer Betriebsgrößen ab 10 ha Größe nicht sehr verschieden, wohl aber die durchschnittliche Bestandsgröße. Sie ist in allen Größenklassen in Schleswig-Holstein erheblich höher als in beiden Nachbarländern. Anstelle der Schweine werden hier also offensichtlich mehr Kühe gehalten. Diese Situation scheint sich noch weiter zu verstärken; denn nach den Ergebnissen der letzten Viehzählungen sind im Laufe des letzten Jahres in Schleswig-Holstein der Schweinebestand kleiner und der Kuhbestand größer geworden. Man kann hierin auch eine Vereinfachung der Betriebsorganisation erblicken, indem sich die Betriebsinhaber auf weniger aber größere Betriebszweige konzentrieren.

Und nun zur Arbeitskräftesituation: Möglicherweise liegt ein wichtiger Gesichtspunkt zu dem gesamten Problem auf diesem Gebiet. Vergleicht man nämlich die Zahl der Beschäftigten je Betrieb zwischen den drei Bundesländern, so stößt man auf gravierende Unterschiede! Zur Beurteilung der Situation in der Schweinehaltung darf man sich dabei nicht auf die Vollbeschäftigten allein beschränken, sondern muß die Teilbeschäftigten mit in die Betrachtung einbeziehen. Viele Betreuungsarbeiten lassen sich bei nicht allzu großen Schweinebeständen auch durch nicht ganztagig anwesende Familienmitglieder erledigen, die dem Betrieb aber wenigstens regelmäßig für eine kurze Tagesspanne zur Verfügung stehen.

Familienarbeitskräfte¹ je Betrieb
in den drei norddeutschen Flächenländern (Juli 1970)

Betriebsgrößenklasse	Familienarbeitskräfte ¹ je Betrieb		
	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen
2 - 5	2,1	2,5	2,7
5 - 10	2,2	2,6	2,8
10 - 20	2,5	2,9	3,0
20 - 30	2,7	3,1	3,1
30 - 50	2,8	3,1	3,2
50 und mehr	2,6	2,9	2,8

1) Voll- und Teilbeschäftigte, Arbeitsbereich Betrieb und Haushalt

Unsere fünfte Tabelle zeigt, daß die Zahl der durchschnittlich pro Betrieb beschäftigten Personen in den entscheidenden Betriebsgrößenklassen in Niedersachsen um etwa 0,4 und in Nordrhein-Westfalen sogar um 0,6 höher liegt als in Schleswig-Holstein. Da die Differenzen großenteils durch teilbeschäftigte Personen begründet sind, dürften dort vermutlich mehr anderweitige Arbeitsplätze in erreichbarer Nähe der Betriebe vorhanden sein als hier, so daß diese Kräfte auf den Betrieben verbleiben konnten. Natürlich kann

das nur pauschal vermutet werden, für weitere Einzelheiten wären auch hier kleinregionale Untersuchungen erforderlich.

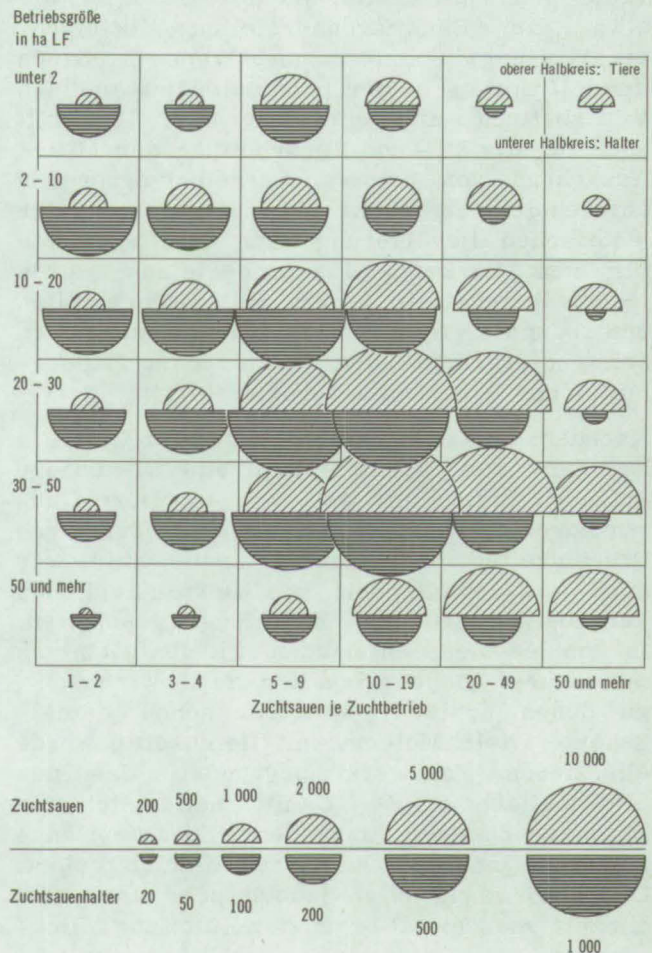
Ausblicke

Nun wird sich in Schleswig-Holstein weder die Betriebsgrößenstruktur wieder rückentwickeln, noch werden zusätzliche Arbeitskräfte in die Betriebe gehen. Auch werden die Betriebe mit hohem Grünlandanteil die Rindviehhaltung zur Zeit nicht einschränken. Dennoch sollte auch in Schleswig-Holstein die Schweinehaltung, und zwar ganz besonders die Sauenhaltung, im Interesse der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft und nicht zuletzt auch der umfangreichen Vermarktungseinrichtungen wieder vorankommen. Bei dem hohen Grad der Spezialisierung dürfte es dabei entscheidend darauf ankommen, die Kommunikation zwischen Züchtern und Mästern zu fördern. Bei den Tendenzen in der Größenstrukturveränderung müßten Wege gefunden werden, besonders die Sauenhaltung auch in flächenreicheren Betrieben mit arbeitsparenden Methoden verstärkt zu verankern. Vielleicht liegt gerade für diese Betriebe

D - 4490

Verteilung der Zuchtsauen

auf Betriebs- und Bestandsgrößen in den Schweinezuchtbetrieben 1971



dort die Chance zu weiterem Wachstum. Betrachtet man die Bestandsgrößenstruktur des Jahres 1971, so hatten fast zwei Drittel der spezialisierten Sauenhalter weniger als 10 Zuchtsauen im Stall. Darunter befanden sich fast 3 800 Halter mit 5 bis 9 Sauen. Ein großer Teil von diesen bewirtschaftet mehr als 20 ha Fläche. Wenn diese Betriebe

15 Sauen halten könnten, wäre schon ein Anfang gemacht. Die letzte Grafik über die Verteilung der Zuchtsauenbestände auf die Betriebs- und Bestandsgrößenklassen kann hierzu vielleicht weitere Anregungen vermitteln.

Dr. Dieter Mohr

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht C III - 1/72 enthalten

Molkereiwirtschaft im Wandel

Von der Selbstversorgung zur industriellen Großproduktion

Im Jahre 1972 erzielte die schleswig-holsteinische Molkereiwirtschaft einen Umsatz von 970 Mill. DM. Sie stand damit im Branchenvergleich an dritter Stelle hinter dem Stahl- und Leichtmetallbau und dem Schiffbau. In den letzten 15 Jahren hat die Molkereiwirtschaft einen stürmischen Wandlungsprozeß durchlaufen, dessen Tempo und Richtung durch den Einsatz öffentlicher Mittel mitbestimmt wurde.

Ursachen der Wandlung

Viele hochentwickelte Industriezweige, wie etwa die Backwarenherstellung, Fleischverarbeitung, Spinnerei und Weberei, haben ihren Ursprung in der produktionsintegrierten Verarbeitung auf dem Bauernhof. Das gilt auch für die Be- und Verarbeitung der Milch. Ausgehend von der reinen Selbstversorgung entwickelte sich mit dem Anwachsen der städtischen Bevölkerung auch die Produktion für den Verkauf. Jahrhundertlang wurde jedoch lediglich in großen Satten Magermilch und Sahne getrennt und mit landschaftlich sehr unterschiedlichen Verfahren zu Bauernbutter und Bauernkäse verarbeitet.

Nachdem im Jahre 1888 der Ingenieur Clemens Freiherr von Bechtolsheim eine Zentrifuge erfunden hatte, mit der man im Durchflußverfahren unterschiedlich schwere Teile von Flüssigkeiten voneinander trennen konnte, war auch die Möglichkeit zur kontinuierlichen Verarbeitung größerer Milchmengen geschaffen. In kurzer Zeit entstanden in den Gebieten mit einer hochentwickelten Milchwirtschaft, zu denen Schleswig-Holstein schon damals gehörte, viele Molkereien. Gleichzeitig wurde ein neues Handwerk begründet, das des Molkereifachmannes. Damit hatte sich die Milchverarbeitung aus dem Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Betrieb gelöst. Die Verbindung blieb jedoch sehr eng. Der Einsatz maschinell erzeugter Kälte zur Milch-

kühlung war noch unbekannt. So mußte der empfindliche Rohstoff zweimal täglich zur Molkerei gebracht werden, um baldmöglichst bearbeitet zu werden. Dieser Umstand und die damaligen Transportmittel (Hand- und Hundekarre oder Pferdefuhrwerk) erforderten ein dichtes Netz von kleinen, handwerklich geführten Molkereien. Exakte Zahlen aus dieser Zeit sind schwer zu beschaffen. Aus dem "Strukturbild der Meiereiwirtschaft in Schleswig-Holstein" ergibt sich aber, daß 1927 802 Molkereien in Schleswig-Holstein arbeiteten.

Technik schafft neue Möglichkeiten

Seit Mitte der zwanziger Jahre hat die technische Entwicklung auch in den Molkereien zu vielen Veränderungen geführt. Der Einsatz maschinell erzeugter Kälte machte unabhängiger vom Zeitpunkt der Milchanfuhr und brachte gleichzeitig größere Sicherheit für die Herstellung von Qualitätserzeugnissen. Die Handarbeit wurde in zunehmendem Maße durch den Einsatz von Maschinen ersetzt. Wirtschaftlicher Maschineneinsatz ist aber nur bei genügender Auslastung möglich. Dadurch kam eine Entwicklung zu größeren Betrieben in Gang. Die Verbesserung der Straßenverhältnisse, der Einsatz von Lastkraftwagen schafften hierzu weitere Voraussetzungen. So war denn auch seit 1927 die Zahl der Molkereien rückläufig, während ihre durchschnittliche Größe anstieg.

Ogleich der Trend zur Betriebsvergrößerung demnach schon vor fast 50 Jahren eingesetzt hat, kann man nicht sagen, daß er während dieser langen Zeit die Entwicklung bestimmt hätte. Die Wirksamkeit der technischen und betriebswirtschaftlichen Einflüsse wurde nämlich von der Mitte der dreißiger bis zur Mitte der fünfziger Jahre überlagert von den Wirkungen der Marktlage. Sie war gekennzeichnet durch akuten Mangel und

dementsprechend durch einen absoluten Vorrang der Bemühungen um eine Erhöhung der Produktion. Die Maßnahmen zum Ausbau und zur Modernisierung der Molkereibetriebe kamen im Kriege und in den ersten Jahren danach fast völlig zum Stillstand, so daß hier ein großer Nachholbedarf sowohl technisch wie betriebswirtschaftlich entstand.

Vom Mangel zum Überschuß

Seit Erlaß des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 ist ein umfangreiches Programm zur Verbesserung der Molkereistruktur durchgeführt worden, mit dessen Hilfe der technische und betriebswirtschaftliche Rückstand zu einem erheblichen Teil aufgeholt werden konnte. Seit dieser Zeit hat sich aber auch die Marktsituation umgekehrt, die nunmehr die Molkereiwirtschaft wie viele andere Branchen vor neue Probleme stellt und dazu zwingt, neben der weiteren technischen und betriebswirtschaftlichen Anpassung die Molkereiunternehmen neu zu organisieren und eine Unternehmenspolitik zu entwickeln, die den neuen Anforderungen gerecht wird.

Welches sind die Kennzeichen der heutigen Situation?

- Die Mangellage ist überwunden, der Markt ist in allen EWG-Ländern durch ein Überangebot von Milcherzeugnissen gekennzeichnet.
- Aus einem vom Produzenten bestimmten Verkäufermarkt ist ein vom Verbraucher bestimmter Käufermarkt geworden.

Die Folge dieses Wandels ist, daß nicht mehr die Produktionskapazität, sondern die Nachfrage den Engpaß der betrieblichen Entwicklung darstellt. Das Problem der Bedarfsdeckung ist abgelöst durch das ganz andere Aktivitäten erfordernde Problem der Bedarfsweckung. Damit steht die Molkereiwirtschaft in einer Entwicklung, die alle Branchen der Wirtschaft erfaßt und sich in den wachsenden Volkswirtschaften aller entwickelten Länder findet.

Voraussetzungen und Wirkungen des Wirtschaftswachstums

Das nationale Wirtschaftswachstum wird in der Regel als bedeutende und anhaltende Steigerung des Bruttosozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung definiert. Es hat zwei Hauptursachen, nämlich

1. verstärkten Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Bildung und Boden (Rohstoffe, Hilfsmittel) und

2. verbesserte Produktivität durch bessere Organisationsformen, bessere Arbeitsmethoden und bessere Nutzung von Kapital, Bildung und Boden (Rohstoffe und Hilfsmittel).

Welche Bedeutung hat das Wirtschaftswachstum für die Molkereiwirtschaft?

Im Verlauf des Wachstumsprozesses wächst die Massenkaufkraft und damit die Nachfrage der Verbraucher nach Gütern und Dienstleistungen. Die Nachfragersteigerung tritt in den verschiedenen Branchen jedoch mit unterschiedlicher Intensität in Erscheinung und führt daher im Laufe der Jahre zu einer Umschichtung der Nachfragestruktur. Sobald die Einkommen über eine bestimmte Mindesthöhe hinauswachsen, können die Verbraucher zwischen einer großen Zahl von Verbrauchsalternativen wählen. Infolgedessen orientiert sich die wachsende Volkswirtschaft in steigendem Maße am Verbraucher. Das hat entscheidende Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit.

Die Bemühungen, die Verbraucherausgaben insgesamt und für spezifische Erzeugnisse zu erhalten und zu erhöhen, nehmen ständig an Intensität zu. Im Bereich der Nahrungsmittelindustrie, zu der die Molkereiwirtschaft zählt, konzentriert sich die Aktivität hierbei vor allem auf zwei Instrumente, nämlich auf die Werbung und auf die Entwicklung neuer Erzeugnisse.

Die Notwendigkeit der Werbung für Nahrungsmittel wird, da es sich bei der Nahrungsaufnahme um ein Grundbedürfnis des Menschen handelt, auch heute zum Teil noch bezweifelt. Hierbei ist jedoch zu bedenken, daß in der Wohlstandsgesellschaft zahllose Verbraucher angeregt werden können, nicht nur zwischen verschiedenen Nahrungsmitteln, sondern auch zwischen Nahrungsmitteln und anderen Waren zu wählen. Nachdem die Grundbedürfnisse befriedigt sind, interessieren sich die Verbraucher mehr für feinere Unterschiede zwischen den Artikeln, wie Farbe, Form, Geschmack, Geruch, Verpackung und leichte Handhabung. Daher müssen die Hersteller bei der Produktinnovation ihr Hauptaugenmerk auf diese Dinge richten. Da dies mehr psychologische Fragen sind, kann man mit den modernen Mitteln der Werbung und Verkaufsförderung in zunehmendem Maße den Nahrungsmittelleinkauf beeinflussen. In einer Wohlstandsgesellschaft ist somit die Werbung für den Bestand und das Wachstum eines Unternehmens unerlässlich.

Heute geschieht die Einführung neuer Erzeugnisse nicht mehr zufällig. Sie ist vielmehr institutionalisiert, und für eine zunehmende Zahl von Nahrungsmittelherstellern ist sie

das zentrale Instrument einer umfassenden Marketingstrategie. Die Einführung neuer Produkte birgt große Risiken in sich und eine wirkungsvolle Werbung verursacht hohe Kosten. Aus beiden Gründen geraten kleine Gesellschaften und Privatbetriebe ins Hintertreffen. Die Folge ist, daß tausende von kleineren Unternehmen fusionieren oder ganz verschwinden und sich der Wettbewerb auf eine höhere Ebene verlagert. Eine wirksame Konkurrenz besteht heute vor allem zwischen den wenigen Großunternehmen, die in der Lage sind, neue Produkte zu entwickeln und einzuführen.

Die Molkereistrukturverbesserung seit 1956

Die Veränderung der Marktsituation in den letzten Jahren hat zu einer Beschleunigung der Betriebszusammenlegungen und -schließungen geführt. Es gibt auch Unternehmen, die damit begonnen haben, eine moderne Marketingstrategie zu entwickeln und anzuwenden. Der Schwerpunkt der Maßnahmen lag bisher eindeutig im technischen und betriebswirtschaftlichen Bereich. Durch die Stilllegung von Kleinbetrieben und den Einsatz moderner Maschinen in größeren Betrieben wurden Kosten eingespart. Durch eine Spezialisierung der vergrößerten Betriebsstätten wurde eine bessere Auslastung der investierten Maschinen und Anlagen erreicht. Das führte ebenfalls zu einer Kostensenkung. Dadurch wurde ein brauchbarer Ausgangspunkt für die Erhaltung und Verbesserung der Marktstellung der schleswig-holsteinischen Molkereiwirtschaft geschaffen. Alle Maßnahmen dienten vor allem dem Ziel, die Erlöse der schleswig-holsteinischen Milch-erzeuger zu sichern und zu verbessern.

Die nachstehenden Zahlen vermitteln einen Eindruck über den zeitlichen Verlauf und das Ausmaß der bisherigen Veränderungen.

Anzahl der Milchverarbeitungsbetriebe in Schleswig-Holstein

Jahr	Unternehmen	Betriebsstätten
1956	534	537
1960	486	499
1965	422	438
1967	379	403
1969	303	331
1970	264	290
1971	231	259
1972	194	223
1973	155	180

Die durchschnittliche Betriebsgröße hat sich in dieser Zeit bedeutend erhöht; sie liegt

jedoch noch immer wesentlich unter den Durchschnittswerten für das Bundesgebiet:

Jahr	Durchschnittliche Milchlieferung je Betriebsstätte in Mill. kg	
	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
1955	2,4	3,6
1960	3,2	7,0
1965	4,5	9,6
1970	8,5	14,2
1971	9,5	15,5
1972	10,4	...

Die Molkereiwirtschaft in Schleswig-Holstein war 1956 einseitiger als in anderen Bundesländern durch eine kleinbetriebliche Struktur gekennzeichnet. Die erreichten Verbesserungen sind trotz des Zurückbleibens hinter dem Bundesdurchschnitt als bemerkenswerte Leistung der für die Umstellung verantwortlichen Wirtschaftskreise zu werten. Ein deutlicher Hinweis hierauf ergibt sich daraus, daß 1971 immerhin bereits 63% der angelieferten Milch in Betrieben mit über 10 Millionen kg Jahresanlieferung verarbeitet wurden.

Die Grundlagen und Methoden der Förderung

Seit 1956 sind die Maßnahmen zur Verbesserung der Meiereistruktur aus Bundesmitteln gefördert worden. Seit 1964 wurden für diesen Zweck auch Landesmittel eingesetzt. An der Finanzierung von Großvorhaben hat sich außerdem der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds beteiligt.

Der Zweck der Förderung mit öffentlichen Mitteln ist es, die veraltete Molkereistruktur mit zu kleinen Betriebs- und Abteilungsgrößen durch eine moderne, rationelle Betriebsstruktur zu ersetzen, ohne investitionsbedingt die Milchgeldauszahlung an die Milcherzeuger herabsetzen zu müssen. Die Einnahmen aus dem Milchverkauf machen in Schleswig-Holstein rund 30% der landwirtschaftlichen Gesamteinnahmen aus. In den nördlichen und westlichen Landesteilen liegt dieser Anteil noch wesentlich höher. Ein Rückgang der Milchgeldeinnahmen hätte daher erheblichen Einfluß auf die ohnehin unzureichenden landwirtschaftlichen Einkommen. Daraus ergibt sich für die Molkereiwirtschaft eine Behinderung in der Anpassung aus eigenen Mitteln. Die Förderung dient dazu, die Anpassung der Verarbeitungsbetriebe an die wirtschaftlichen Erfordernisse zu ermöglichen und damit die Voraussetzungen für die Erhaltung und Verbesserung der Marktstellung der schleswig-holsteinischen Milchwirtschaft zu schaffen. Sie ist daher nicht als globale

Einkommensübertragung an die Landwirtschaft einzustufen, sondern ist eine gezielte Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Förderung erfolgte bisher auf der Grundlage von Bundesrichtlinien. Beihilfen wurden gewährt für

- die Kosten der Stilllegung unwirtschaftlicher Molkereibetriebe,
- die Abfindung ausscheidender Arbeitnehmer und
- für bauliche und maschinelle Investitionen in den übernehmenden Betrieben.

Ab 1. Januar 1973 werden die Strukturverbesserungsmaßnahmen nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" vom 3. September 1969 (BGBl. I S. 1573) und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen gefördert. Dadurch werden in verschiedener Hinsicht Einschränkungen wirksam. Der Grundsatz der Förderung von Strukturverbesserungsmaßnahmen bleibt jedoch erhalten.

Wesentliche Voraussetzung für die Förderung wird es wie bisher sein, daß das Land einen Strukturplan vorlegt. Diese Vorschrift dient einem gezielten Mitteleinsatz und der größtmöglichen Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Aus dem Plan müssen

- Anzahl und Größe der vorhandenen Kapazitäten,
- Anzahl und Größe der erforderlichen Kapazitäten und
- die Standortorientierung der Kapazitäten ersichtlich sein.

In Schleswig-Holstein wurden bei der Förderung bisher das "Strukturplan vom 1.1.1966" und der "Strukturplan vom 1.1.1969" zugrundegelegt. Der Strukturplan ist vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unter Mitwirkung eines Beirats aus den milchwirtschaftlichen Organisationen und Verbänden erarbeitet worden. Der gleiche Kreis hat den Plan für die Förderung ab 1.1.1973 fortgeschrieben und ergänzt.

Aus der Bestandsaufnahme zum 1.1.1973 hat sich ergeben, daß seit 1956 die Milch aus 323 stillgelegten Betrieben in nur 42 als Schwerpunkt geförderten Betrieben zusammengefaßt wurde. Damit sind in allen Landesteilen Betriebe vorhanden, die als Leitbetriebe für die künftige Entwicklung geeignet sind.

Die künftige Förderung wird sich auf diese Betriebe konzentrieren (siehe Karte).

Aufgrund der ständigen Veränderungen des Wirtschaftsablaufes kann der Plan selbst-

Meiereistruktur in Schleswig-Holstein 1972



verständlich keine starre und unabänderliche Regelung bedeuten. Es wird vielmehr notwendig sein, in gewissen Zeitabständen zu überprüfen, ob die vorliegende Fassung noch den gegebenen Verhältnissen gerecht wird.

Der Strukturplan zur Verbesserung der Meiereiwirtschaft in Schleswig-Holstein ist Grundlage für die wirtschaftsfördernden Maßnahmen des Bundes und des Landes. Er soll insoweit auch als Orientierungshilfe für die Molkereiunternehmen dienen. Um die Förderungsmöglichkeiten schon bei der Vorbereitung von Maßnahmen beurteilen zu können, sind die Grundlagen hierfür in Abschnitt IV des Planes in 9 Leitsätzen zusammengefaßt worden. Für die Einzelheiten der Durchführung gelten Richtlinien, die auf der Grundlage des Gemeinschaftsaufgabengesetzes erlassen worden sind.

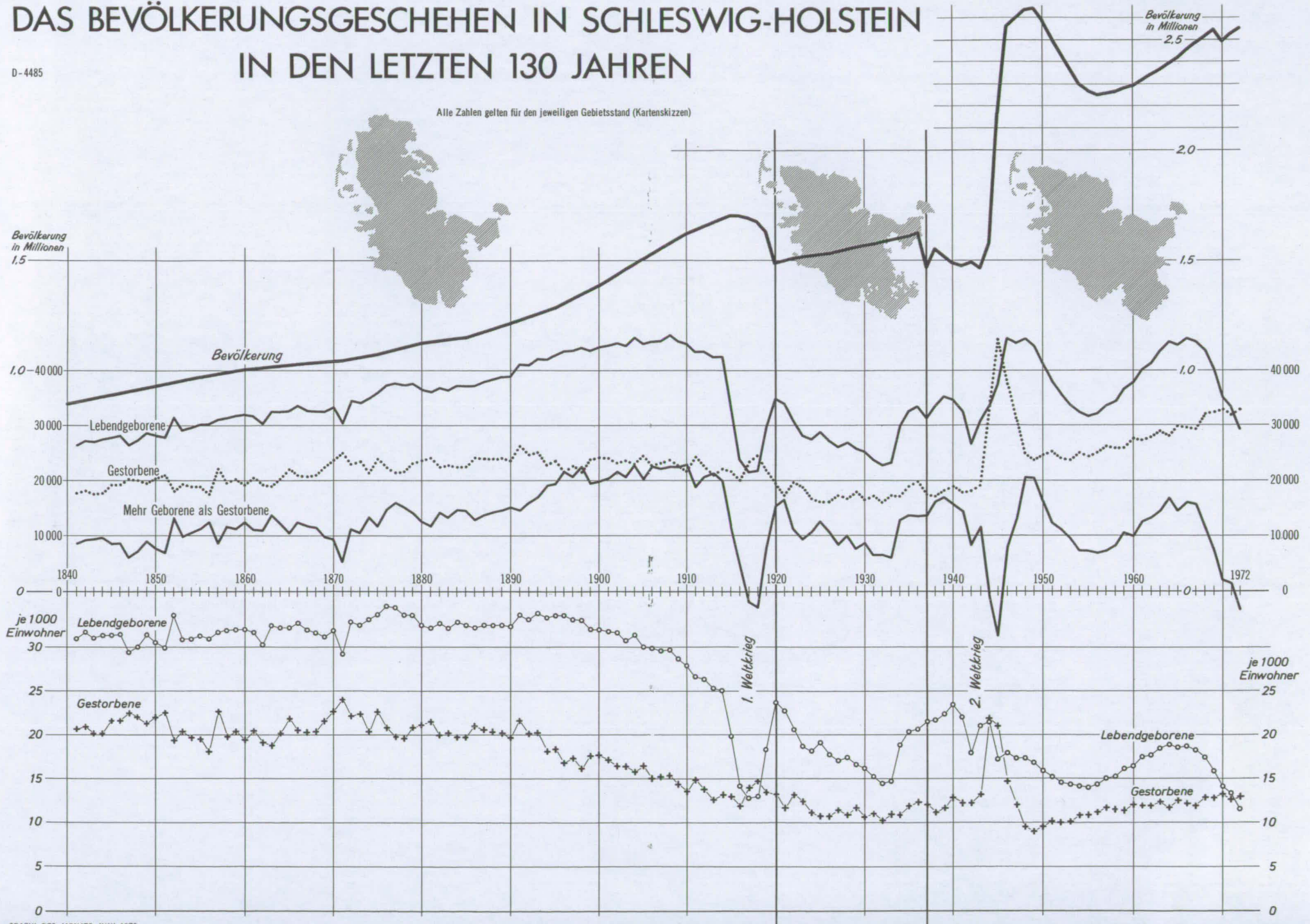
Die weitere Entwicklung

Ogleich die Molkereistruktur im letzten Jahrzehnt erheblich verbessert werden konnte, ist die Betriebsstruktur in vielen Bezirken des Landes noch nicht optimal. Die Leitbetriebe werden durch weitere Milchaufnahme aus stillgelegten Kleinbetrieben ihre technischen Kapazitäten noch stärker auslasten und damit die Kosten weiter senken können. Diese Wirkung wird sich am ehesten dort erreichen lassen, wo mehrere Leitbetriebe zu einem Unternehmen zusammengefaßt und die einzelnen Betriebsstätten auf einfache Produktionsprogramme spezialisiert werden. Die Zusammenfassung mehrerer spezialisierter

DAS BEVÖLKERUNGSGESCHEHEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN IN DEN LETZTEN 130 JAHREN

D-4485

Alle Zahlen gelten für den jeweiligen Gebietsstand (Kartenskizzen)



Leitbetriebe bietet noch zwei weitere Vorteile. Einmal können auf diese Weise am ehesten kostenoptimale Betriebsabteilungen erreicht werden; zum anderen kann in solchen Unternehmen ein Ausgleich zwischen dem sinkenden Milchaufkommen aus Ackerbaugebieten und dem steigenden Milchaufkommen aus Grünlandgebieten herbeigeführt werden. Für Schleswig-Holstein bedeutet das, daß Meiereibetriebe, die im östlichen Hügelland liegen, mit Betrieben, die auf der Geest liegen, zu gemeinsamen Unternehmen zusammengeführt werden sollten.

Der Zusammenschluß von Leitbetrieben zu größeren Unternehmen weist bereits über die öffentlich geförderte Molkereistrukturverbesserung hinaus. Die Förderung kann nur auf den Ausbau von Betriebsstätten gerichtet sein. Nur hierbei kann von objektiven Bemessungsgrößen ausgegangen werden, die eine Gleichbehandlung aller Antragsteller gewährleisten. Damit wird die Förderung aber zwangsläufig auf den technischen und betriebswirtschaftlichen Bereich beschränkt. Mit den Förderungsmaßnahmen werden daher nur die Voraussetzungen geschaffen, um in den künftigen Wettbewerb mit einer modernen Betriebsstruktur eintreten zu können.

Die Strukturverbesserungsmaßnahmen bedürfen in steigendem Maße der Ergänzung durch marktwirtschaftliche Folgemaßnahmen. Aus einer Gegenüberstellung der zu erwartenden Veränderungen bei der Nachfrage und beim Angebot ist zu folgern, daß weiterhin mit überfüllten Märkten zu rechnen ist. Die oben beschriebenen Auswirkungen des Käufermarktes auf die Wettbewerbssituation im Verarbeitungsbereich werden daher bestehen bleiben und sich noch verstärken.

Weitere Folgerungen ergeben sich aus der Sortimentsentwicklung und der starken Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel. Die Umstellung auf die Selbstbedienung mit ihren steigenden Anforderungen an die Verpackung der Ware ist fast vollständig vollzogen. Während sich die Milcherzeugnisse früher einem Lebensmittelsortiment von etwa 400 Artikeln gegenübersehen, müssen sie heute ihren Platz in einem Sortiment von fast 3 000 Artikeln behaupten. Die Anzahl der Einzelhandelsgeschäfte im Lebensmittelbereich

hat sich trotz einer Umsatzsteigerung von 36,5 Milliarden DM im Jahre 1962 auf 57,6 Milliarden DM im Jahre 1970 im gleichen Zeitraum von 182 000 auf 132 000, also um mehr als ein Viertel verringert.

Nach einer Arbeit aus dem Ifo-Institut München (Ernährungswirtschaft 1972, Nr. 9 und 10) hat sich der Marktanteil der nicht organisierten Einzelhändler von 1957 bis 1970 von 24,8% auf 1,2% vermindert. Der Anteil der Kettenläden stieg im gleichen Zeitraum von 12,7% auf 32%. Der Wareneinkauf liegt daher bei den jeweiligen Zentralen der Handelsketten, Einkaufsgenossenschaften, Filialunternehmen oder Warenhauskonzernen sowie bei bedeutenden Großhandlungen.

Die Strukturverbesserungsmaßnahmen müssen durch Maßnahmen im Vermarktungsbereich ergänzt werden. Eine Fülle neuer Aufgaben kommt hier auf die Molkereiwirtschaft zu. Es wäre jedoch falsch, wollte man darin nur negative Aspekte sehen. Aufgrund der optimalen Zusammensetzung, des hochwertigen Eiweißanteils und der leichten Verdaulichkeit ihrer Erzeugnisse hat die Molkereiwirtschaft auch künftig am Markt gute Chancen. Sie müssen jedoch gezielt und mit Nachdruck genutzt werden. Aus der Fülle der dazu erforderlichen Aktivitäten seien nur folgende genannt:

- Ständige Fortentwicklung der Technologie und damit der Produktvielfalt
- Ausbau der Qualitätssicherung
- Gezielte Differenzierung der Qualitäten und Preise
- Wirkungsvolle, gezielte Werbung
- Aktiver Einsatz aller übrigen Marketinginstrumente
- Schaffung leistungsfähiger Betriebseinheiten
- Kooperation mit anderen Branchen der Ernährungsindustrie.

Der Erfolg wird sich in der zukünftigen Entwicklung am deutlichsten dort einstellen, wo man sich konsequent auf die Methoden und die Gesetzmäßigkeiten industrieller Großproduktion einstellt.

Jürgen Muus

Der Fremdenverkehr im Jahre 1972

Aufgrund des "Gesetzes über die Durchführung laufender Statistiken im Handel sowie über die Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten" sind die Inhaber oder geschäftsführenden Personen von Beherbergungsstätten (Beherbergungsbetriebe und Privatquartiere) sowie von Sanatorien, Heilstätten, Kuranstalten, Erholungsheimen, Kinderheimen, Jugendherbergen und Campingplätzen verpflichtet, laufend die Zahl der Gäste, die sie aufgenommen haben, und die Zahl der Übernachtungen, die sie ihren Gästen gewährt haben, anzuschreiben. Ausländer werden außerdem nach ihrem Herkunftsland gefragt. Diese Daten werden nicht in ganz Schleswig-Holstein, sondern nur in 135 sogenannten Fremdenverkehrs- oder Berichtsgemeinden erhoben. Das sind Gemeinden, in denen der Fremdenverkehr von Bedeutung ist.

Im Fremdenverkehrsjahr 1972 (Oktober 1971 bis September 1972) wurden in den Beherbergungsstätten der Fremdenverkehrsgemeinden 2,2 Millionen Gäste und 18,4 Millionen Übernachtungen registriert. Gegenüber dem Vorjahr hat sich damit die Zahl der Gäste um 2%, die Zahl der Übernachtungen um 1% verringert. Rückläufig waren die Gäste- und Übernachtungszahlen nur im Sommerhalbjahr. Auch war die Entwicklung in den einzelnen Gemeindegruppen sowie von Gemeinde zu Gemeinde recht unterschiedlich. Von den Gemeindegruppen verzeichneten die "sonstigen Berichtsgemeinden" und die Luftkurorte den stärksten Rückgang. Hier ging die Zahl der Übernachtungen gegenüber dem Sommerhalbjahr 1971 um 9 und 8% zurück. Es folgen die Großstädte, wo sich die Zahl der Übernachtungen um 4% verringerte. Auch in den Seebädern konnte das Vorjahresergebnis nicht erreicht werden. So wurden in den Nordseebädern 3%, in den Ostseebädern 1% weniger Übernachtungen gezählt. Heilbäder und Erholungsorte konnten dagegen einen Zuwachs an Übernachtungen in Höhe von 1% und 8% verbuchen.

Zu dem Rückgang der Gäste- und Übernachtungszahlen haben vermutlich mehrere Faktoren beigetragen, in erster Linie aber wohl das schlechte Wetter. Besonders die zu niedrigen Temperaturen in fast allen Monaten des Sommerhalbjahres - eine Ausnahme bildete nur der Juli - dürften zahlreiche Besucher veranlaßt haben, Schleswig-Holstein zu meiden. Auch die Zunahme der Zweitwohnungen - vornehmlich in den Seebädern - könnte zu dem Rückgang des Fremdenverkehrs beigetragen haben. In dem

Maße nämlich, wie ehemalige Gäste von Beherbergungsstätten ihren Urlaub im eigenen Appartement oder Ferienhaus verbringen, nimmt die Zahl der Gäste und Übernachtungen in der Fremdenverkehrsstatistik ab, da diese nur dann den Aufenthalt von Gästen erfaßt, wenn für Übernachtungen ein Entgelt gezahlt wurde.

Bezogen auf das Fremdenverkehrsjahr hat sich die Zahl der Übernachtungen in den einzelnen Gemeindegruppen folgendermaßen entwickelt: In den Erholungsorten betrug der Anstieg 8%, in den Heilbädern 5%. Die Ostseebäder erreichten dasselbe Ergebnis wie im Vorjahr. In allen übrigen Gemeindegruppen war der Fremdenverkehr rückläufig. So wurden in den Nordseebädern 2% weniger Übernachtungen als im Jahre 1971 gezählt. In den Großstädten betrug der Rückgang 2%, in den Luftkurorten 7% und in den sonstigen Berichtsgemeinden 6%.

Dem Rückgang der Nachfrage steht eine Zunahme des Angebots gegenüber. Am 1. April 1972 wurden in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren der Fremdenverkehrsgemeinden 204 000 Betten gezählt. Gegenüber 1971 ist das eine Zunahme um 5%. In den Privatquartieren blieb die Zahl der Betten mit knapp 105 000 annähernd konstant. Dagegen hat die Zahl der Betten in der Gruppe der Beherbergungsbetriebe kräftig zugenommen. Von 90 000 im Jahre 1971 ist sie auf 99 000 im Jahre 1972 angewachsen. Das ergibt einen Zuwachs in Höhe von 11%. Ebenso wie die Zahl der Übernachtungen hat sich auch das Bettenangebot in den Gemeindegruppen unterschiedlich entwickelt. Zurückgegangen ist die Zahl der Betten in den sonstigen Berichtsgemeinden (7%) sowie in den Heilbädern, Luftkurorten und Erholungsorten (jeweils 2%). In den Seebädern und in den Großstädten ist die Zahl der Betten dagegen erhöht worden. Am stärksten war der Zuwachs in den Ostseebädern. Hier stieg die Zahl der Betten um 9% an. Zu diesem Anstieg trugen nur die Beherbergungsbetriebe bei. In dieser Anbietergruppe wurde das Bettenangebot um 19% vergrößert. In den Nordseebädern nahm die Zahl der Betten um 5% zu. An diesem Anstieg waren Beherbergungsbetriebe und Privatquartiere gleichermaßen beteiligt. In den Großstädten wurde das Bettenangebot um 3% erhöht.

In der folgenden Übersicht sind Angebot und Nachfrage in den einzelnen Gemeindegruppen und ihre Veränderungen noch einmal gegenübergestellt.

Gemeindeguppe	Betten ¹ am 1. 4. 1972		Übernachtungen ¹ vom 1. 10. 1971 bis 30. 9. 1972	
	Anzahl	Ver- änderung gegenüber Vorjahr in %	in 1 000	Ver- änderung gegenüber Vorjahr in %
Großstädte	3 387	+ 3	561	- 2
Heilbäder	5 218	- 2	1 004	+ 5
Luftkurorte	11 479	- 2	946	- 7
Nordseebäder	70 900	+ 5	6 914	- 2
Ostseebäder	90 933	+ 9	7 009	+ 0
Erholungsorte	15 374	- 2	1 127	+ 8
Sonstige Berichtsgemeinden	6 762	- 7	814	- 6
135 Berichtsgemeinden	204 053	+ 5	18 374	- 1

1) ohne Jugendherbergen, Kinderheime, Zeltplätze

Infolge der unterschiedlichen Entwicklung von Angebot und Nachfrage hat sich die Kapazitätsauslastung verändert. Während 1971 eine durchschnittliche Kapazitätsauslastung in Schleswig-Holstein in Höhe von 26% erreicht wurde, betrug die Bettenausnutzung ein Jahr später 25%. In den Heilbädern und Erholungsorten hat sich die Kapazitätsauslastung im Vergleich zu 1971 erhöht. Sie betrug in den Heilbädern im vergangenen Jahr 53%, ein Jahr zuvor 49%. In den Erholungsorten stieg die Kapazitätsauslastung von 18% auf 20%. In den sonstigen Berichtsgemeinden blieb sie konstant bei 33%. Die übrigen Gemeindeguppen mußten 1972 einen Rückgang in der Kapazitätsauslastung hinnehmen. Den stärksten Rückgang verzeichneten die Ostseebäder. Dort verringerte sich die Kapazitätsauslastung von 23% auf 21%. In den Nordseebädern war 1971 eine Bettenausnutzung in Höhe von 29% erreicht worden; 1972 betrug sie dort nur noch 27%. Die Auslastung in den Luftkurorten verringerte sich von 24% auf 23% und in den Großstädten von 48% auf 45%.

Räumliche und zeitliche Konzentration des Fremdenverkehrs

In Schleswig-Holstein konzentriert sich der Fremdenverkehr auf die Seebäder. Dort wurden im vergangenen Fremdenverkehrsjahr 13,9 Millionen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren gezählt. Dazu kommen noch 220 000 Übernachtungen in Jugendherbergen, 1,9 Millionen in Kinderheimen und 3,1 Millionen Übernachtungen auf Zeltplätzen. Insgesamt wurden in den Seebädern also 19,2 Millionen Übernachtungen registriert. Das sind rund 70% aller in den Fremdenverkehrsgemeinden Schleswig-Holsteins registrierten Übernachtungen. Die

Ostseebäder verbuchten davon auch 1972 wieder die meisten Übernachtungen. Insgesamt waren es 10,0 Millionen. Davon entfielen auf Beherbergungsbetriebe und Privatquartiere 7,0 Millionen Übernachtungen, auf Jugendherbergen 60 000 und auf Kinderheime 460 000 Übernachtungen. Auf Zeltplätzen wurden 2,5 Millionen Übernachtungen gezählt. Die Nordseebäder verzeichneten im Fremdenverkehrsjahr 1971/72 insgesamt 9,1 Millionen Übernachtungen. Auf Beherbergungsbetriebe und Privatquartiere entfielen dort 6,9 Millionen Übernachtungen. Jugendherbergen erreichten 160 000 Übernachtungen, Kinderheime 1,4 Millionen und Zeltplätze 610 000. Hinter den Nord- und Ostseebädern hatten die Erholungsorte die meisten Übernachtungen. Insgesamt waren es 3,2 Millionen Übernachtungen, darunter 2,0 Millionen auf Zeltplätzen. Es folgen dann die Luftkurorte mit 1,4 Millionen, die Heilbäder mit 1,1 Millionen Übernachtungen. In den sonstigen Berichtsgemeinden wurden 1,0 Millionen und in den Großstädten 700 000 Übernachtungen registriert.

In den Seebädern konzentriert sich der Fremdenverkehr wiederum auf wenige Monate des Jahres, in der Hauptsache auf den Juli und August. Auf sie entfielen in der vergangenen Saison 8,4 Millionen Übernachtungen, das sind 64% der im Sommerhalbjahr in den Beherbergungsstätten der Seebäder ermittelten Übernachtungen. Bezieht man die Übernachtungszahlen dieser beiden Monate auf die Übernachtungszahlen des Fremdenverkehrsjahres, so ergibt sich ein Anteil von 61%. Den beiden Monaten Juli und August kommt der Juni am nächsten. 1972 wurden in diesem Monat 2,3 Millionen Übernachtungen gezählt. Es folgen die Monate September und Mai, auf die 1972 1,4 Millionen und 700 000 Übernachtungen entfielen.

In den Ostseebädern ist der Saisonverlauf besonders ausgeprägt. Dort entfielen auf die Monate Juni, Juli und August 84% der im Sommerhalbjahr 1972 in Beherbergungsstätten ermittelten Übernachtungen. In den Nordseebädern ist die Saison etwas länger als in den Ostseebädern. In jener Region hatten Juni, Juli und August einen Anteil von 79%. Auch in den Erholungsorten und Luftkurorten konzentriert sich der Fremdenverkehr auf die drei genannten Monate. Auf sie entfielen im Sommerhalbjahr 1972 85% und 80% aller Übernachtungen in Beherbergungsstätten. In den übrigen Gemeindeguppen sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Sommermonaten wesentlich geringer. Am besten schnitten in dieser Hinsicht 1972 die Großstädte ab. Dort entfielen 55% der Übernachtungen im Sommerhalbjahr auf die Monate Juni, Juli und August. In den Heilbädern

und den sonstigen Berichtsgemeinden betrug der Anteil 59% und 60%.

Wie die folgende Übersicht zeigt, ist die Abhängigkeit von der Sommersaison in keinem Bundesland auch nur annähernd so ausgeprägt wie in Schleswig-Holstein. Auf je eine Fremdenübernachtung im Winterhalbjahr 1971/72 entfielen im Sommerhalbjahr

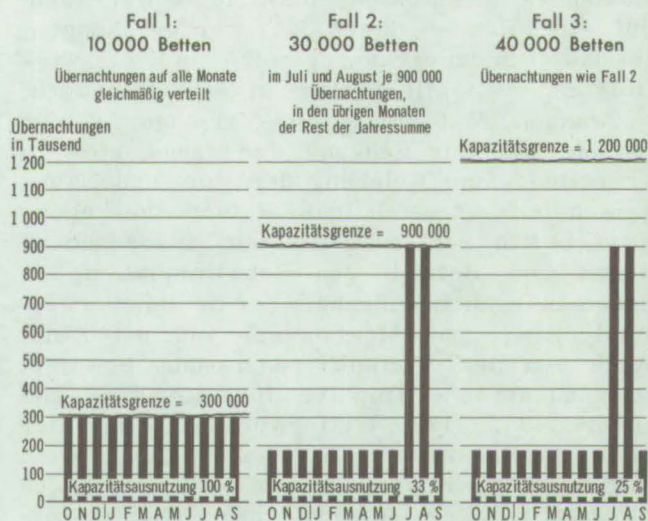
in Schleswig-Holstein	8,6	Übernachtungen
in Bayern	2,8	"
in Niedersachsen	2,7	"
in Rheinland-Pfalz	2,3	"
in Baden-Württemberg	2,3	"
in Hessen	1,8	"
in Nordrhein-Westfalen	1,6	"
im Saarland	1,4	"
in Berlin (West)	1,3	"
in Bremen	1,2	"
in Hamburg	1,2	"

Es ist die unterschiedliche Länge der Saison in den einzelnen Gemeindegruppen, die im wesentlichen die Unterschiede bei der Kapazitätsauslastung erklärt. Abweichungen beruhen aber auch darauf, daß in den Hauptmonaten Juli und August das Angebot unterschiedlich stark ausgeschöpft wird. Welchen Einfluß Saisonverlauf und Angebotsüberhang haben, sei mit Hilfe von drei Modellfällen dargestellt. Im Fall 1 verteile sich eine bestimmte Zahl von Übernachtungen gleichmäßig über ein Jahr. Beträgt die Zahl der Übernachtungen zum Beispiel 3,65 Millionen, entfallen auf jeden Tag 10 000 Übernachtungen. Die Zahl der Betten sei ebenfalls 10 000, also das erforderliche Minimum. Folglich beträgt die Kapazitätsauslastung 100%. Der Fall 2 unterscheidet sich vom Fall 1 durch einen ausgeprägten Saisonverlauf; es sollen von denselben 3,65 Millionen Übernachtungen jeweils 25%, also 912 500, auf die Monate Juli und August entfallen, der Rest der Übernachtungen verteile sich wieder gleichmäßig auf die übrigen Monate. Die Zahl der Betten betrage jetzt 30 000 (sie muß mindestens so hoch sein, um die höhere Übernachtungszahl im Juli und August zu ermöglichen). Über das ganze Jahr beträgt dann die Kapazitätsauslastung nur noch 33%, wie man leicht nachrechnen kann. Der Fall 3 unterscheidet sich vom Fall 2 durch die Annahme eines Angebotsüberhangs sogar in der Hochsaison. Die Zahl der Betten betrage

nun 40 000. Bezieht man wieder die Zahl der tatsächlichen Übernachtungen auf die Zahl der maximal möglichen Übernachtungen, ergibt sich eine Kapazitätsauslastung von 25%.

Wie die folgende grafische Darstellung zeigt, sind im Fall 2 die Betten nur im Juli und August vollständig belegt. Im Fall 3 wird die maximal mögliche Zahl von Übernachtungen dagegen nicht einmal dann erreicht.

D - 4473 Der Einfluß von Saisonverlauf und Bettenzahl auf die Kapazitätsausnutzung für ein Beispiel mit 3,65 Millionen Übernachtungen im Jahr



Vergleicht man die Fälle 1 und 2, dann wird die Auswirkung der Saison auf den Bettenbedarf und auf die Kapazitätsauslastung deutlich. Der Vergleich der Fälle 2 und 3 bringt dagegen zum Ausdruck, daß die Unterschiede in der Kapazitätsauslastung auch auf einem Angebotsüberhang oder auf verschiedenen hohen Angebotsüberschüssen beruhen können. Der Fall 3 charakterisiert die Situation in den Seebädern im vergangenen Jahr. Denn sowohl im Juli als auch im August blieb die Zahl der tatsächlichen Übernachtungen hinter der Zahl der maximal möglichen Übernachtungen zurück.

Daß sich die zeitliche Konzentration des Fremdenverkehrs nachteilig auf die Konkurrenzfähigkeit des Fremdenverkehrsgewerbes in Schleswig-Holstein gegenüber dem Fremdenverkehrsgewerbe in anderen Bundesländern und anderen Staaten mit längerer Fremdenverkehrssaison auswirkt, läßt sich wieder mit Hilfe der Modellfälle zeigen. So müssen zum Beispiel im Fall 2 dreimal so viele Betten wie im Fall 1 bereitstehen, wenn die unterstellte Nachfrage befriedigt werden soll. Vereinfachend kann man auch sagen, daß im Fall der zeitlichen Konzentration des Fremdenverkehrs mehr Kapital erforderlich

	Fall 1	Fall 2	Fall 3
Bedden	10 000	30 000	40 000
maximal mögliche Zahl der Übernachtungen	3 650 000	10 950 000	14 600 000
tatsächliche Zahl der Übernachtungen	3 650 000	3 650 000	3 650 000
Kapazitätsauslastung	100 %	33 %	25 %

ist als im Fall der Gleichverteilung. Der Faden läßt sich noch weiter spinnen: Soll in beiden Fällen die Rendite des eingesetzten Kapitals gleich groß sein, müssen im zweiten Fall die Preise für eine Übernachtung entsprechend höher sein als im ersten Fall. Gleiches gilt auch für die Fälle 2 und 3.

Die kurze Saison in Schleswig-Holstein ist jedoch nicht das einzige Handicap für das hier ansässige Fremdenverkehrsgewerbe. Hinzu kommen noch die im Vergleich zu den südeuropäischen Fremdenverkehrsländern hohen Löhne und Gehälter für Personal. Da wegen der starken Konkurrenz des Auslandes die Kosten nicht in voller Höhe auf die Preise überwältzt werden können, ist das Fremdenverkehrsgewerbe in Schleswig-Holstein, vor allem aber in den Seebädern, gezwungen, Maßnahmen zur Verlängerung der Saison und zur Senkung der Lohnkosten zu ergreifen. Eine Belebung der Vor- und Nachsaison erhofft sich das Fremdenverkehrsgewerbe in Schleswig-Holstein insbesondere durch den Betrieb von Schwimmhallen, in denen man auch außerhalb der Sommermonate Wellengang und Meerwasser erleben kann. Auch von der Preisdifferenzierung erwartet man zusätzliche Impulse für die Vor- und Nachsaison. Dem Wettbewerbsnachteil, der sich durch die relativ hohen Lohnkosten ergibt, versucht man in den Seebädern durch ein vermehrtes Angebot an Appartementwohnungen, Ferienhäusern und Bungalows, in denen man sich selbst verpflegen kann, zu begegnen. Die Frage, ob alle diese Maßnahmen zu dem erhofften Erfolg geführt haben oder noch führen werden, läßt sich schwer beantworten. Eines steht aber fest: Die Saison ist in den Seebädern in den letzten Jahren mehr und mehr entzerrt worden. Der Anteil der Übernachtungen in den Monaten Juli und August an der Zahl der Übernachtungen im Sommerhalbjahr ist dort deutlich zurückgegangen. Während dieser Anteil in den Nordseebädern im Jahre 1961 bei 65,7% lag, betrug er im Jahre 1972 61,7%. Für die Ostseebäder lauten die entsprechenden Werte 73,0% und 67,0%. Im letzten Jahr allerdings ist der positive Effekt, der von der Entzerrung der Saison auf die Ertragslage im Fremdenverkehrsgewerbe ausgeht, durch den Nachfragerückgang und durch die Zunahme des Bettenangebots überkompensiert worden.

Zunahme des Fremdenverkehrs im Winterhalbjahr

Obwohl sich der Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein überwiegend im Sommerhalbjahr abspielt, lohnt es, den Fremdenverkehr im Winterhalbjahr etwas näher zu betrachten.

Im Winterhalbjahr 1971/72 wurden in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren der schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsorte 500 000 Gäste und 1,9 Millionen Übernachtungen gezählt. Gegenüber dem Winterhalbjahr 1970/71 hat die Zahl der Gäste um 4%, die Zahl der Übernachtungen um 9% zugenommen. In den Gemeindegruppen entwickelte sich der Fremdenverkehr ebenso wie im Sommerhalbjahr recht unterschiedlich. Während in den Großstädten und den sonstigen Berichtsgemeinden die Zahl der Übernachtungen leicht zurückging, verbuchten alle übrigen Gemeindegruppen einen Zuwachs. Besonders kräftig, nämlich um 42%, erhöhte sich die Zahl der Übernachtungen in den Ostseebädern. Die Nordseebäder verzeichneten ein Plus in Höhe von 5%. In den Luftkurorten betrug der Anstieg 6%, in den Erholungsorten 9% und in den Heilbädern 11%.

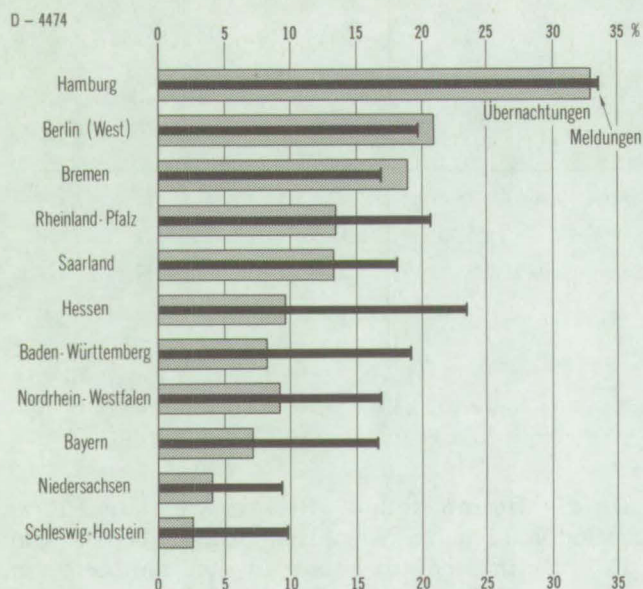
Auf die Eck-Monate Oktober und März entfielen 1971/72 etwa ebenso viele Übernachtungen wie auf die 4 Binnen-Monate November bis Februar. Die Aufenthaltsdauer der Gäste schwankte in den Monaten des Winterhalbjahres zwischen 3 und 4 Tagen. In den Großstädten und den sonstigen Berichtsgemeinden wurden im Winterhalbjahr je Gast im Schnitt 2 Übernachtungen gezählt. Doppelt so lange dauerte der Aufenthalt eines Gastes in den Luftkurorten, den Ostseebädern und Erholungsorten. Für die Nordseebäder und Heilbäder errechnet sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 9 und 11 Tagen.

Geringer Anteil der Ausländer

Im Fremdenverkehrsjahr 1971/72 wurden in Schleswig-Holstein 220 000 ausländische Gäste und 490 000 Übernachtungen von Ausländern gezählt. Das waren 10% aller Gäste und 3% aller Übernachtungen in Beherbergungsstätten. Zum Vergleich sind in der nebenstehenden Grafik die Anteilswerte für alle Bundesländer dargestellt.

In Schleswig-Holstein und Niedersachsen ist der Anteil der Auslandsgäste und Ausländerübernachtungen im allgemeinen Fremdenverkehr am geringsten, in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen verhältnismäßig hoch. Hamburg verbuchte 1972 im Verhältnis die meisten Fremdenmeldungen und Übernachtungen von Ausländern. Von 10 Gästen, die in Hamburgs Beherbergungsstätten übernachteten, kamen 3 Gäste aus dem Ausland. Der Anteil der Übernachtungen von Ausländern war etwa ebenso groß. Die höchste absolute Zahl ausländischer Gäste und Übernachtungen wurde dagegen in Bayern registriert. Insgesamt waren es in jenem Bundesland 1,8 Millionen Gäste und 4,0 Millionen Übernach-

Der Anteil der Ausländer am Fremdenverkehr in den Bundesländern im Fremdenverkehrsjahr 1971/72



tungen. Dahinter folgt Baden-Württemberg mit 1,5 Millionen Gästen und 3,2 Millionen Übernachtungen. Das Schlußlicht bildet das Saarland mit 45 000 Gästen und 84 000 Ausländerübernachtungen.

Wie die folgende Übersicht zeigt, finden sich in Schleswig-Holstein hauptsächlich Dänen und Schweden ein. Mit weitem Abstand folgen Holländer, Norweger, Engländer und Amerikaner.

Im Jahre 1972 waren von 220 000 Gästen aus dem Ausland

33 % Dänen	5 % Norweger	3 % Franzosen
27 % Schweden	5 % Engländer	3 % Finnen
7 % Holländer	4 % Amerikaner	2 % Schweizer

Im Sommerhalbjahr 1972 hielten sich Gäste aus Dänemark vor allem in den sonstigen Berichtsgemeinden auf, hier wiederum vorwiegend in Flensburg, Schleswig, Rendsburg und Neumünster. Sie waren aber auch an der Ostsee, in den Großstädten und in den Luftkurorten häufig anzutreffen. Die Schweden suchten in erster Linie die Ostseebäder und die Großstädte auf. Die Schweizer bevorzugten dagegen die Nordsee. Die Holländer besuchten vorwiegend die großen und kleinen Städte, aber auch an der Ostsee waren sie anzutreffen. Norweger, Engländer, Amerikaner und Franzosen zieht es mehr in die Großstädte, in die Ostseebäder und in die sonstigen Berichtsgemeinden.

Die Zahl der Ausländer ist im Vergleich zum Vorjahr um 11 000 oder 5% zurück-

gegangen. Weniger Gäste kamen vor allem aus Schweden und Dänemark. So ging die Zahl der schwedischen Gäste um 7 000, die der dänischen Gäste um 6 000 zurück. Aus Großbritannien und Nordirland kamen dagegen 3 000 Gäste mehr. Maßgebend für den starken Zustrom britischer Gäste dürfte die Aufnahme Großbritanniens in die EWG gewesen sein. Vermutlich haben sich zahlreiche britische Geschäftsleute über die Möglichkeiten einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit ihren neuen Partnerländern informiert.

Auf die Gemeindegruppen verteilen sich die Übernachtungen der Ausländer folgendermaßen: Die Großstädte hatten mit 170 000 Übernachtungen den größten Anteil. Es folgen die Ostseebäder mit 130 000 Übernachtungen und die sonstigen Berichtsgemeinden mit 100 000 Übernachtungen. Je 30 000 Übernachtungen wurden in den Nordseebädern und in den Luftkurorten ermittelt. Im Durchschnitt dauert der Aufenthalt eines ausländischen Gastes in Schleswig-Holstein zwei bis drei Tage. Auch in den Gemeindegruppen liegt die Aufenthaltsdauer bei etwa zwei bis drei Tagen. Nur in den Nordseebädern halten sich die Ausländer länger auf. 1972 blieben sie dort im Durchschnitt 11 Tage.

Sowohl im Winter- als auch im Sommerhalbjahr trifft man ausländische Gäste vor allem in den Städten des Landes an. Im Winterhalbjahr 1971/72 entfielen allein auf Lübeck und Kiel mehr als die Hälfte aller Ausländerübernachtungen (53%). Aber auch die kleinen Städte erfreuen sich großer Beliebtheit bei unseren ausländischen Gästen. Im Sommerhalbjahr hielt Travemünde mit 82 000 Übernachtungen sogar den Rekord. Hier blieben die Ausländer auch überdurchschnittlich lange, nämlich 4 Tage. Offenbar übt das Casino in Travemünde einen großen Reiz auf die Gäste aus dem Ausland aus. Hinter Travemünde belegten Lübeck mit 59 000 und Kiel mit 53 000 Übernachtungen im Sommerhalbjahr die folgenden Plätze. Erwähnenswert sind auch die Übernachtungszahlen von Schleswig, Westerland und Flensburg. Während in Schleswig 16 000 Übernachtungen registriert wurden, erreichten Westerland und Flensburg jeweils 13 000 Übernachtungen. Maßgebend für den zahlreichen ausländischen Besuch der Städte Flensburg und Schleswig dürfte die Nähe der deutsch-dänischen Grenze und die traditionellen Bindungen zahlreicher Dänen zum Landesteil Schleswig sein.

Karlheinz König

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht G IV 1 enthalten. Vergleiche auch: "Der Fremdenverkehr 1969/70 und seine Entwicklung ab 1951" in dieser Zeitschrift 1971, S. 124 und 176 (Juli und September)

Alten- und Pflegeheime 1972

Nach den Unterlagen des Sozialministeriums gab es Ende Oktober 1972 in Schleswig-Holstein 307 Heime zur Unterbringung oder Pflege alter Menschen. Eine mit dem Stichtag des 20. 10. 1972 veranstaltete besondere Befragung bei diesen Heimen erbrachte umfangreiches Material zu verschiedenen Fragengruppen. Zur Mitarbeit an dieser Befragung konnten 12 Heimleitungen nicht bewogen werden, so daß die nachstehenden Ausführungen sich nur auf 295 Heime beziehen. Die fehlenden Heime gehören sämtlich zur Gruppe der privaten Heime, von denen deshalb statt 153 nur 141 einbezogen sind. Es ist unwahrscheinlich, daß gerade die fehlenden 12 Heime in ihren Daten so sehr vom Durchschnitt der übrigen abweichen, daß ihre Einbeziehung die nachstehenden Aussagen wesentlich geändert hätte.

Jedes Heim kann vorab in einer formalen und in einer sachlichen Hinsicht klassifiziert werden. Nach seinem Träger wurden drei Gruppen gebildet:

- kommunale Träger
(z. B. Gemeinden, Kreise)
- freie Wohlfahrtsverbände (z. B. DRK)
- private Träger.

Nach den Bewohnern wurden drei Heimarten unterschieden:

- Altenheime
- Altenpflegeheime und
kombinierte Alten- und Pflegeheime.

Der maßgebende Unterschied liegt darin, ob der Heimbewohner so weit beweglich ist, daß er selbständig leben kann, oder ob er schwer beweglich oder bettlägerig ist, so daß er ständiger Pflege und körperlicher Betreuung bedarf. Da die Erhebung, deren Ergebnisse hier zu beschreiben sind, zu Aussagen über die Heime selbst, nicht aber über ihre Bewohner führen sollte, wird außer der Zahl der Heime der beschriebenen Art nur noch die Zahl der dort vorhandenen Plätze (Betten) genannt. 134 Heime waren reine Altenheime, 37 reine Pflegeheime, und 124, also drei Siebentel, bezeichneten sich als kombiniertes Alten- und Pflegeheim. Andererseits wurden knapp die Hälfte der berichtenden (und genau die Hälfte aller vorhandenen) Heime von privaten Trägern betrieben und je etwa ein Viertel von der öffentlichen Hand und den Verbänden. Der Anteil der Heimarten weist bei den drei Trägergruppen keine gravierenden Unterschiede auf.

Die insgesamt vorhandenen 15 652 Heimplätze teilen sich auf die Heimarten anders auf

Heimart	Heime			
	kommunaler Träger	der freien Wohlfahrtsverbände	privater Träger	insgesamt
Altenheime	40	32	62	134
Pflegeheime	11	4	22	37
Kombinierte Heime	31	36	57	124
Zusammen	82	72	141	295
<i>Insgesamt</i> ¹	82	72	153	307

¹⁾ einschließlich der 12 privaten Heime, die sich nicht an der Erhebung beteiligten

als die Heime selbst. Relativ weniger Plätze befinden sich in den Altenheimen (5 046 oder 38 je Heim), relativ mehr in den kombinierten Heimen (8 714 oder 70 je Heim), während die Pflegeheime (1 892 oder 51 je Heim) etwa auf dem Mittel liegen (53 je Heim). Noch etwas stärker sind in Bezug auf die durchschnittliche Heimgröße die Unterschiede zwischen den Trägern: Die kommunalen und freien Träger bieten in 52% aller Heime 76% aller Plätze an, die privaten demnach in 48% aller Heime nur 24% der Plätze. Deshalb weisen erstere auch eine durchschnittliche Heimgröße von 78 Plätzen aus, letztere dagegen nur von 27 Plätzen.

Die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze für pflegebedürftige Heimbewohner setzt sich aus den 1 900 Plätzen in Pflegeheimen und einem in dieser Erhebung unbekanntem Teil der 8 700 Plätze in kombinierten Alten- und Pflegeheimen zusammen.

Die Zimmergröße

Eines der wesentlichsten Komfort-Merkmale jeder Anstalt ist, zu wie vielen die Bewohner in einem Zimmer schlafen. Rund 10 500 Zimmer waren in den Heimen vorhanden. Knapp zwei Drittel davon waren Einzelzimmer, weitere 26% Doppelzimmer, die sicher in vielen Fällen von Ehepaaren bewohnt werden. 5% der Zimmer hatten 3 Betten, 4% 4 Betten und 0,4% 5 und mehr Betten. Die Anteile verschieben sich natürlich, wenn sie auf die Betten selbst bezogen werden. Von den 15 652 Betten standen 43% allein, 35% zu zweit, je etwa 10% in 3- und 4-Bett-Zimmern, und nur 1,4% in Zimmern mit 5 und mehr Betten.

Erwartungsgemäß weisen die Heimarten in diesem Punkt verschiedene Werte auf. In vereinfachter Darstellung - um die Übersicht zu erleichtern - zeigen sich folgende Unter-

schiede: In den Altenheimen enthalten 78% der Zimmer nur 1 Bett und 4% enthalten 3 und mehr Betten (der Rest zu 100 sind Zimmer mit 2 Betten). In den Pflegeheimen dagegen sind nur 18% 1-Bett-Zimmer, aber 34% der Zimmer haben 3 und mehr Betten. Die kombinierten Heime liegen erwartungsgemäß mit ihrer Zimmergröße dazwischen, jedoch weit näher am günstigen Wert der reinen Altenheime: 62% sind 1-Bett-Zimmer, 9% gehören zu den großen Zimmern.

Unter den Trägergruppen finden sich nur mäßige Unterschiede. Die oben verwendeten zwei Werte lauten für die kommunalen Heime 54% und 12% und sind damit hier etwas ungünstig. Leicht besser sind die Verhältnisse bei den privaten Heimen mit 62% und 11%, deutlich darüber liegen aber die Heime der freien Verbände mit 76% und 6%. Vielleicht erwähnenswert ist der Umstand, daß unter den reinen Altenheimen diese Trägergruppe keines war, das mehr als 3 Betten je Zimmer gehabt hätte, und auch dies nur in 7 von 1 733 Zimmern dieser Kategorie.

Baualter

Jedes zweite Heim befand sich in einem Gebäude, das höchstens 25 Jahre alt war, also nach dem letzten Krieg gebaut. Der Anteil dieser jüngeren Gebäude ist unter den Pflege- und kombinierten Heimen mit 60% etwas höher, unter den Altenheimen folglich niedriger (36%). Direkte Schlüsse auf die Wohnqualität in einem Gebäude lassen sich wohl von seinem Baualter her nicht ziehen. Dennoch erscheint es mitteilenswert, daß 10% aller Heimgebäude zwischen 25 und 50 Jahren alt sind, 33% zwischen 50 und 100 Jahren und 8% über 100 Jahre alt. Mindestens bei diesen 51% Gebäuden, die älter als 25 Jahre sind, ist die Erwartung gerechtfertigt, daß irgendwann einmal durch bauliche Modernisierung die Wohnqualität angehoben wurde. Tatsächlich haben 141 Heimleitungen eine solche Maßnahme angegeben. Sie hat in 78 Fällen innerhalb der letzten 5 Jahre stattgefunden, in 36 Fällen vor 5 bis 10 Jahren, in 14 Fällen vor 10 bis 15 Jahren und in 13 Fällen liegt sie länger als 15 Jahre zurück. Man kann unterstellen, daß die Angaben über bauliche Modernisierung umso lückenhafter werden, je längere Zeit die Maßnahme zurückliegt. Wenn in einem Heim das Personal nach und nach vollständig ausgewechselt ist, wird eine Maßnahme, die keine der neuen Personen selbst erlebt hat, wahrscheinlich dem Vergessen anheimfallen und der durch sie erst herbeigeführte bauliche Zustand als alter Normalzustand empfunden werden. Die oben genannten Zahlen spiegeln

daher vermutlich eher die "Vergessenskurve" wider als daß sie der Wirklichkeit entsprechen.

Ausstattung

Um etwas über die Wohnqualität in den Heimen zu erfahren, wurde nach der Ausstattung der Zimmer mit bestimmten sanitären Einrichtungen gefragt. Es stellte sich heraus, daß so gut wie alle Zimmer an eine Zentralheizung angeschlossen sind (99,7%). Die weitaus meisten (88%) verfügen über fließendes kaltes und warmes Wasser. Eine eigene Toilette befand sich in 10% der Zimmer, und eine Dusche oder Badewanne stand in 7% der Zimmer zur Verfügung. Außerhalb der Zimmer gab es - bei insgesamt 15 700 Plätzen - 1 045 Badewannen und 476 Duschen, also rund für je 10 Bewohner eine solche Einrichtung der einen oder anderen Art. Die Heimarten erwiesen sich in dieser Beziehung als nahezu gleich gut ausgestattet, während sich bei der sanitären Ausstattung der Zimmer selbst leichte Unterschiede zeigten: Duschen, Badewannen und Toiletten sind in den Altenheimen relativ häufiger (11% und 13%) als in den Altenpflegeheimen (8% und 8%). Die kombinierten Heime liegen mit den Duschen und Badewannen in Zimmern (5% der Zimmer) sogar noch darunter, mit den Toiletten (8%) gleich. Hieran zeigt sich jedoch keine schlechtere hygienische Versorgung, sondern der Umstand, daß pflegebedürftige, bettlägerige Personen keine Toilette aufsuchen können. Die Zahl der Spülen für Steckbecken ist darum auch bei den Altenpflegeheimen mit 3,8% der Plätze erheblich größer als in den kombinierten Heimen (2,2%) und den Altenheimen (1,3%).

Zur Wohnqualität trägt nicht nur die sanitäre Ausstattung der Zimmer bei, sondern in höherem Maße ihr Zustand und ihre Möblierung. Leider lassen sich zuverlässige Auskünfte darüber nicht durch eine Erhebung gewinnen, die Fragebogen verwendet. Zu dem Komplex "Möblierung" konnte nur ermittelt werden, daß es in den meisten Heimen erlaubt ist, eigene Möbel aufzustellen, nämlich in 217 der einbezogenen 295 Heime. Am großzügigsten sind in dieser Beziehung die privaten Träger (86% erlauben es), und am seltensten wird es in Altenpflegeheimen gestattet (35%).

Ein weiteres Merkmal der Wohnlichkeit in einem Heim sind die dort vorhandenen Gemeinschaftsräume. In den 295 Heimen gab es 490 Aufenthaltsräume, 485 Teeküchen, 202 Speiseräume, 143 Fernsehzimmer, 83 Besuchszimmer, sogar 26 Hobbyräume, und noch 77 weitere, nicht näher bezeichnete Gemeinschaftsräume. Das sind zusammen

1 500 Räume, so daß im Durchschnitt in jedem Heim mehr als 5 solcher Einrichtungen zur Verfügung standen, die außer der gemeinsamen Einnahme der Mahlzeiten auch der Abwechslung, den gesellschaftlichen Bedürfnissen und den speziellen Neigungen der Bewohner dienen. Es gibt allerdings auch 23 Heime ohne einen Aufenthalts- oder Speiseraum.

Die vorhandenen Aufenthalts- und Speiseräume waren durchschnittlich 42 qm groß. Die meisten Heime besitzen 2 und mehr solcher Räume; von den Heimen mit 30 bis 59 Betten hat nur ein Drittel lediglich einen solchen Raum (die übrigen haben 2 oder mehr davon), von den Heimen mit 60 bis 99 Betten nur ein Sechstel, von den Heimen mit 100 und mehr Betten haben alle 2 oder mehr Aufenthalts- und Speiseräume. Diese großen Heime boten ihren Insassen im Mittel 225 qm derartiger Raumfläche an. Die durchschnittliche Fläche je Heim sinkt mit jeder Größenklasse über 140 qm, 73 qm und 45 qm auf 19 qm bei den kleinsten Heimen mit unter 10 Betten. Je Heiminsassen ausgedrückt standen im Mittel aller Heime 1,85 qm Fläche außerhalb der Zimmer für Aufenthalt und Esseneinnahme zur Verfügung. Dieser Wert verändert sich gegenläufig zur Heimgröße: in den kleinsten Heimen erreicht er 3 qm, er sinkt zu den großen Heimen hin bis auf 1,7 qm. In Verbindung mit der Heimart schwankt diese Zahl nicht so stark, sie liegt erwartungsgemäß bei den Pflegeheimen mit 1,2 qm je Bewohner niedriger, bei den Altenheimen mit 2,1 qm höher als im Mittel.

Personal

In den 295 Heimen waren für die Bewohner insgesamt 4 300 Menschen tätig. Bei den angegebenen 15 700 Heimplätzen bedeutet das: auf 10 Bewohner (= Plätze) entfallen 2,7 Kräfte an Personal. Da in der Gesamtzahl des Personals voll- und teilzeitbeschäftigte Kräfte zusammengefaßt sind, ist die Aufspaltung in 1,8 voll- und 0,9 teilzeitbeschäftigte Kräfte noch erwähnenswert. Die entsprechenden Zahlen lauten für

	Personal je 10 Heim-Plätze		
	Voll- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte	zu- sammen
Altenheime	1,3	0,7	2,0
Pflegeheime	2,6	1,1	3,7
Kombinierte Heime	1,9	1,0	2,9
und für die Heime der kommunalen Träger	2,0	0,8	2,7
freien Wohlfahrtspflege	1,6	1,1	2,8
privaten Träger	1,8	0,8	2,6

Der höchste Personalbesatz besteht wiederum in den Pflegeheimen, der geringste in den reinen Altenheimen, während die kombinierten Heime eine Mittelstellung einnehmen.

Die bis jetzt betrachtete Gesamtzahl von 4 300 Angehörigen des Heimpersonals ist nicht gleichbedeutend mit dem Pflegepersonal im engeren Sinne. Sie setzt sich - ungeachtet der Unterschiede zwischen voll- und teilzeitbeschäftigten Kräften - vielmehr folgendermaßen zusammen:

Heimleiter	300
Wirtschaftsleiter	181
Verwaltungskräfte	106
Pflegepersonal	1 556
Küchen- und Hauswirtschaftskräfte	2 131

Fast die Hälfte des Personals arbeitet in der Küche und im übrigen Haus, ein Siebentel sorgt in den Geschäftszimmern für die Leitung und Verwaltung des ganzen Hauses, und mehr als ein Drittel (36%) befassen sich persönlich mit den Bewohnern des Heimes, mit den alten und pflegebedürftigen Menschen. Von diesen Pflegekräften hat jede demnach im Durchschnitt 10 Menschen zu versorgen. In den Pflegeheimen sind es nur 5 Menschen, in den Altenheimen dagegen 38. In diesen Zahlen kommt der wahre Unterschied des Pflegeaufwandes zwischen beweglichen und bettlägerigen alten Menschen deutlicher zum Ausdruck als bei der Berechnung mit dem gesamten Personal.

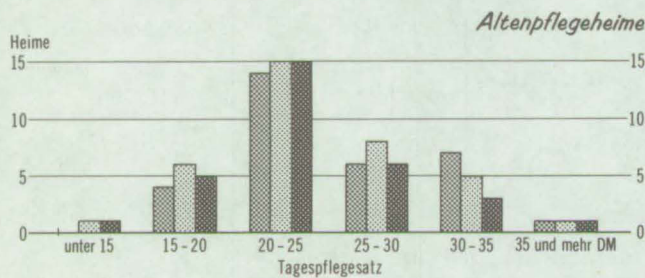
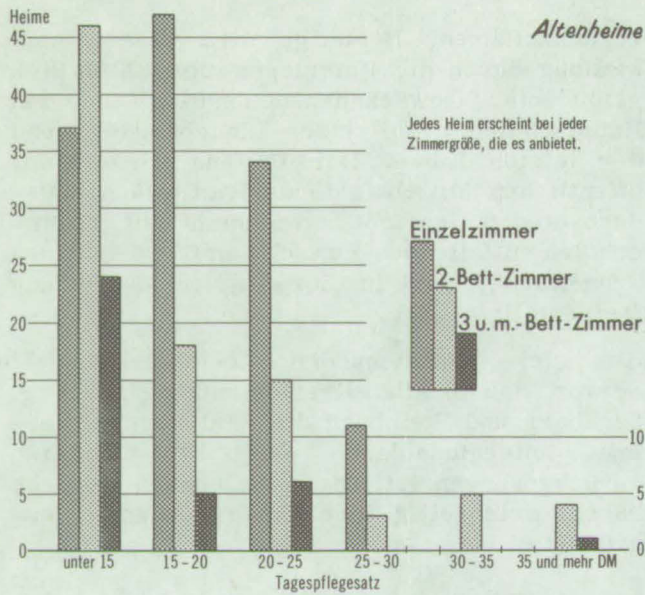
Die letzte Frage zu diesem Komplex bezog sich auf die Ausbildung der Pflegekräfte. Von den 1 103 vollbeschäftigten Pflegekräften waren 508 oder 46% entsprechend ausgebildet, von den 453 teilzeitbeschäftigten Pflegekräften waren es 192 oder 42%. Ohne Zweifel wäre ein höherer Anteil von einschlägig ausgebildeten Kräften in der Altenpflege wünschenswert, doch wahrscheinlich ist die Bezahlung nicht hoch genug, um andere Attraktivitätsmängel dieses Berufes zu überkompensieren.

Preise für die Heimunterbringung

Zur Vereinfachung der Auswertung wurden die von den Heimen geforderten Preise für die Unterbringung nicht in ihrer einzelnen genauen Höhe, sondern in Stufen erfragt. Dabei wurden Tagessätze zugrundegelegt, obwohl beinahe die Hälfte aller Heime in Wirklichkeit von Monatsätzen ausgeht. Diese wurden durch Division durch 30 den Tagessätzen vergleichbar gemacht. Ferner wurden die Preisangaben getrennt für 1-Bett-, 2-Bett- und 3-und-mehr-Bett-Zimmer erfragt. Vorgegeben waren

D - 4471 Tagespflegesätze in Altenheimen

- Oktober 1972 -



5-DM-Stufen von 15 bis 40 DM. Wegen der offensichtlichen Kosten- und damit auch Preisunterschiede zwischen Alten- und Pflegeheimen sollen die Heimarten getrennt betrachtet werden.

Für ein 3-(und mehr) Bett-Zimmer in den Altenheimen wurde ein Tagessatz von unter 15 DM am häufigsten genannt (24), in den beiden nächsten Klassen kamen nur noch 5 und 6 Heime vor. Dieses deutliche Übergewicht der untersten Preisklasse gilt auch noch für 2-Bett-Zimmer, für die 46 Altenheime unter 15 DM nahmen, wenn auch 18

Heime 15 bis 20 DM, 15 Heime 20 bis 25 DM und 12 Heime über 25 DM (bis über 40 DM) verlangten. Erst bei den 1-Bett-Zimmern verlagert sich der Schwerpunkt in die zweitunterste Klasse, also 15 bis 20 DM, mit 47 Heimen, während 37 Heime darunter bleiben und 34 Heime 20 bis 25 DM einsetzten. 11 weitere Heime schließlich trugen sich bei 25 bis 30 DM ein.

Bei den Pflegeheimen liegt der Schwerpunkt, unabhängig von der Zimmergröße, in der Gruppe 20 bis 25 DM, die für jeweils etwa zwei Fünftel der Heime zutrif. Die übrigen drei Fünftel verteilten sich, von nur Einzelfällen in den Außengruppen unter 15 DM und 35 bis 40 DM abgesehen, zu etwa gleichen Teilen auf die eine tiefer liegende (15 bis 20 DM) und die beiden darüber liegenden Klassen (25 bis 30 bis 35 DM).

In der dritten Heimart, den kombinierten Alten- und Pflegeheimen, liegt der Schwerpunkt der Besetzung auch in der Klasse 20 bis 25 DM, doch sind die billigeren Heime hier etwas häufiger als die teureren.

Zum Vergleich der drei Gruppen von Heimträgern sollte die nach der Heimart getrennte Betrachtung beibehalten werden, weil die Träger verschiedene Anteile an den verschiedenen teuren Heimarten haben. Unter den Altenheimen überwiegt bei den kommunalen Trägern stark die unterste Preisklasse. Für diese Heime muß bei den freien Wohlfahrtsverbänden etwas, und bei den Privaten deutlich mehr gezahlt werden. Der Schwerpunkt liegt hier in der Klasse 20 bis 25 DM, dicht gefolgt von der niedrigeren Klasse.

Bei den Pflegeheimen, von denen ebenfalls, wie von den Altenheimen, die meisten privat-gewerblich betrieben werden, bestehen zwischen den Trägergruppen keine nennenswerten Unterschiede. Dasselbe gilt für die kombinierten Heime, die ja auch überwiegend privat sind.

Arnold Heinemann

Vergleiche auch: "Alten- und Pflegeheime" in dieser Zeitschrift 1971, S. 146 (August)

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte". Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt. Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Kurzberichte

112 Hektar Gewächshausfläche

Vorläufige Ergebnisse der Gartenbauerhebung 1972/73

Ende 1972 gab es in den Gartenbaubetrieben des Landes 112 ha Gewächshaus- und 36 ha Frühbeetgrundfläche.

	1950	1961	1972	Veränderung 61/72 in %
	Hektar			
Gewächshaus	36,4	57,3	111,7	+ 95
Frühbeet	49,4	45,7	36,4	- 20

Während die Frühbeetflächen - auch unter Einbeziehung der folienbedeckten Frühbeete - in den letzten 11 Jahren weiter rückläufig waren, hat die Gewächshausgrundfläche erheblich zugenommen. Die Gewächshausfläche von 112 ha (= 1,1 Mill. qm) im Jahre 1972 steht einer Fläche von 57 ha im Jahre 1961 und einer Fläche von 36 ha im Jahre 1950 gegenüber.

Nach der im Juli 1972 durchgeführten Zierpflanzenerhebung dienten gut 90 ha, das sind 82% der gesamten Gewächshausfläche, ausschließlich oder zu wesentlichen Teilen der Produktion von Blumen und Zierpflanzen. Aus den Gemüsehaupterhebungen wissen wir, daß der Gemüseanbau unter Glas abnimmt. Die starke Zunahme der Gewächshausflächen ist also überwiegend der steigenden Produktion von Blumen und Zierpflanzen zuzuschreiben, insbesondere der verstärkten Topfpflanzenproduktion, die durch die Ergebnisse der Zierpflanzenerhebung angezeigt wurde.

Erwähnenswert ist eine besondere Entwicklung im Kreise Pinneberg. Hier hat die Gewächshausfläche von 8,5 ha im Jahre 1961 auf 21,6 ha im Jahre 1972 zugenommen. Die Zahl der Betriebe mit Unterglasanlagen stieg gleichzeitig von 196 auf über 250. Im Gegensatz zu den übrigen Kreisen diente nur gut die Hälfte der Gewächshausfläche der Produktion von Blumen und Zierpflanzen. Da auch der Gemüseanbau unter Glas im Kreise Pinneberg keinen nennenswerten Umfang besitzt, verbleibt eine beträchtliche Gewächshausfläche für die Baumschulen. Die sehr starke Zunahme an Gewächshausfläche im Kreis Pinneberg ist also größtenteils auf Gewächshausneubauten in den Baumschulen

zurückzuführen. Bestätigt wird diese Feststellung durch die Unterlagen über öffentlich geförderte Gewächshausneubauten in den Baumschulen des Kreises Pinneberg während der letzten Jahre. Der Umfang dieser mit öffentlichen Mitteln geförderten Gewächshausneubauten entspricht etwa dem auf Baumschulen entfallenden Zuwachs an Gewächshausgrundfläche, der in der Gartenbauerhebung festgestellt wurde.

Aus der nachstehenden Kreistabelle geht hervor, daß in allen Kreisen außer Pinneberg, Segeberg und Steinburg die Zahl der Betriebe mit Unterglasanlagen seit 1961 deutlich zurückgegangen ist. Die verbliebenen Betriebe haben gleichzeitig ihre Unterglasfläche vergrößert.

Betriebe mit Unterglasanlagen 1961 und 1972

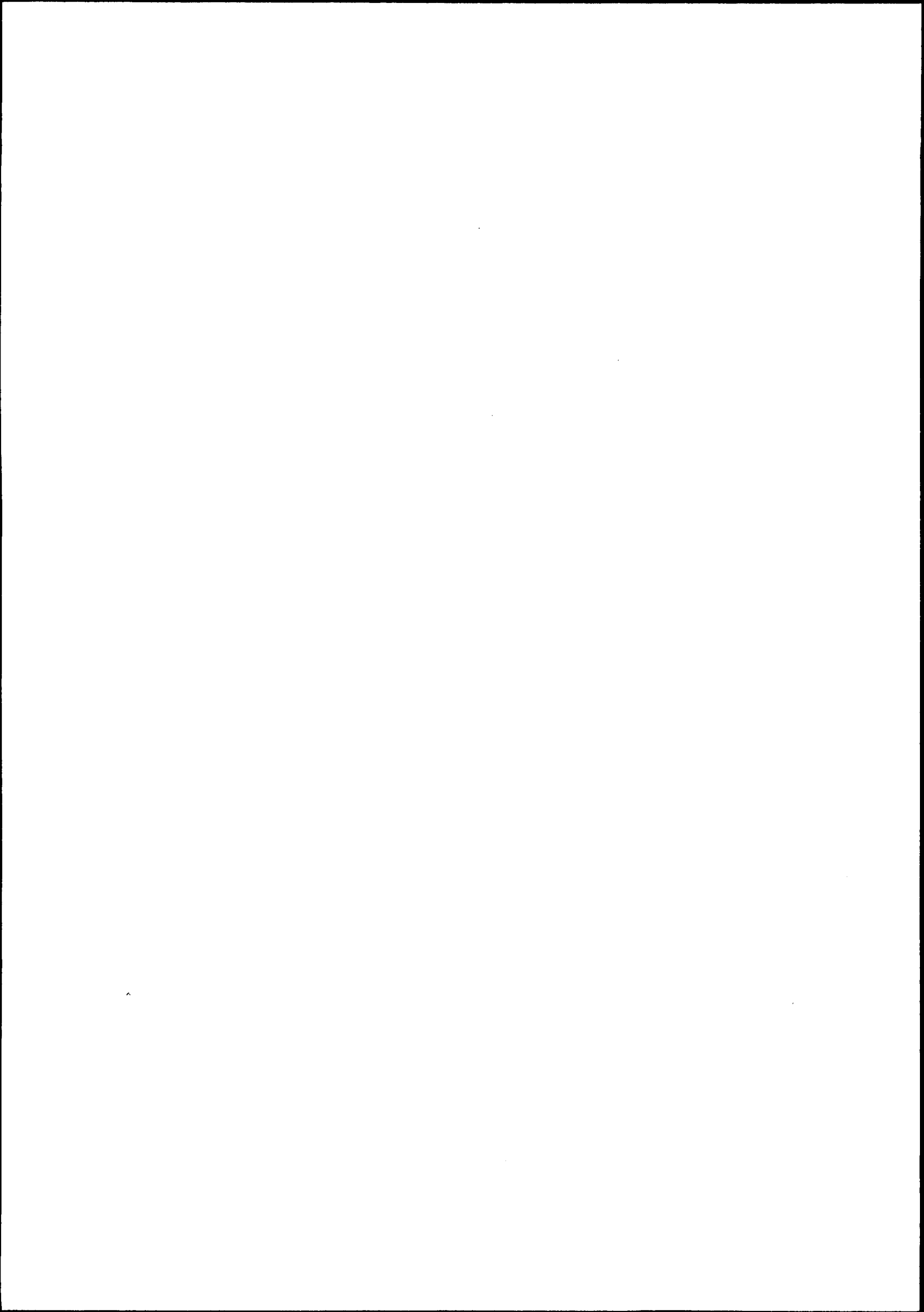
KREISFREIE STADT Kreis	1961 ^a			1972 (vorläufig)		
	Be- triebe	Unter- glas- fläche	darunter Ge- wächs- haus- fläche	Be- triebe	Unter- glas- fläche	darunter Ge- wächs- haus- fläche
		100 qm (= 1 a)			100 qm (= 1 a)	
FLensburg	42	183	94	22	132	90
KIEL	76	478	290	40	428	357
LÜBECK	126	788	464	90	875	647
NEUMÜNSTER	28	217	150	22	385	314
Dithmarschen	86	1 364	386	78	1 354	679
Flensburg-Land	42	151	78	32	202	163
Hzgt. Lauenburg	71	328	205	60	777	652
Nordfriesland	59	340	207	45	448	346
Ostholstein	131	860	522	109	1 088	811
Pinneberg	196	1 642	849	253	3 027	2 151
Plön	93	895	664	71	854	726
Rendsburg- Eckernförde	152	1 142	742	110	1 251	1 020
Schleswig	50	287	154	44	397	329
Segeberg	50	254	140	84	1 458	1 315
Steinburg	146	1 022	592	155	1 494	1 028
Stormarn	61	366	190	54	637	540
Schleswig-Holstein	1 409	10 317	5 728	1 269	14 806	11 170

a) aus den Ergebnissen der alten Kreise berechnet

Von den 1 269 Betrieben mit Unterglasanlagen hatten 270 nur Gewächshäuser, 151 nur Frühbeete und 848 sowohl Gewächshäuser als auch Frühbeete.

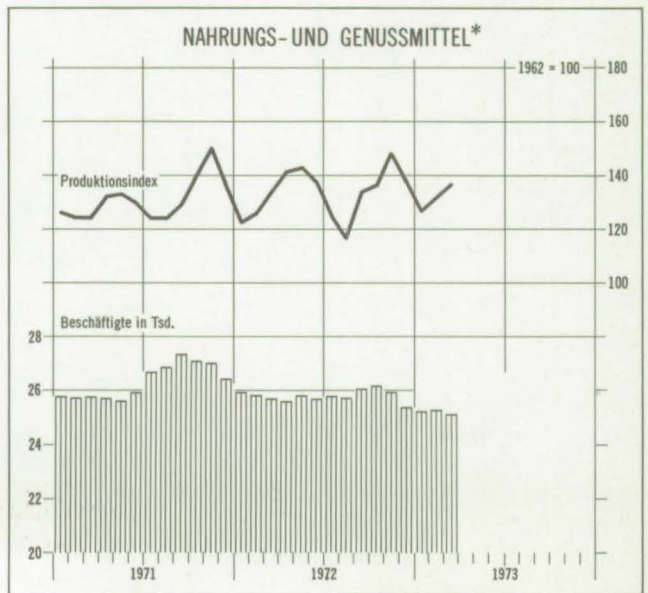
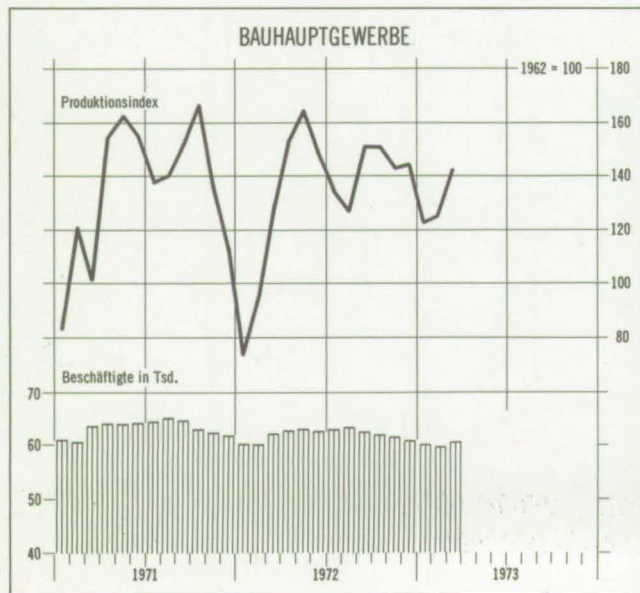
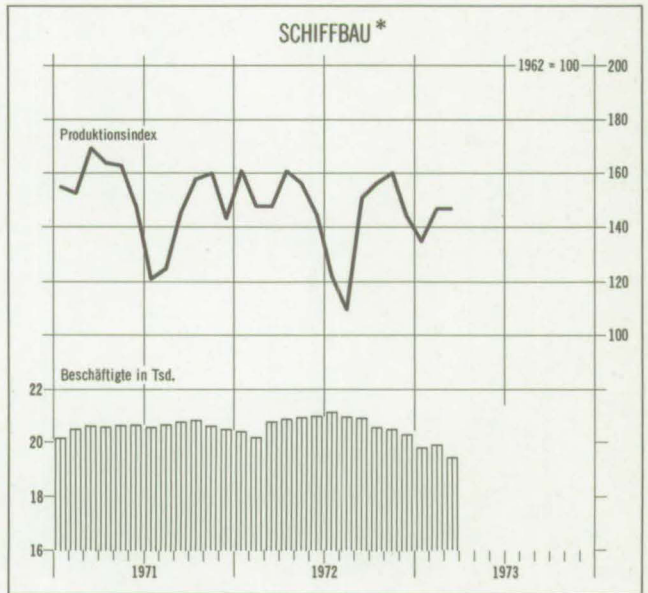
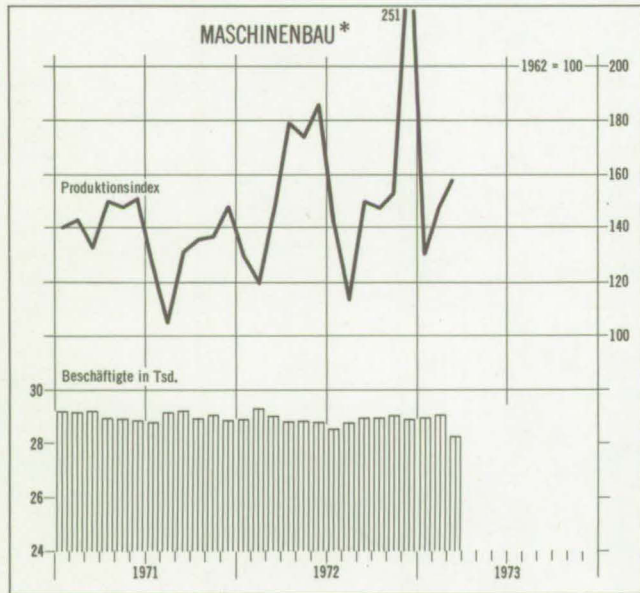
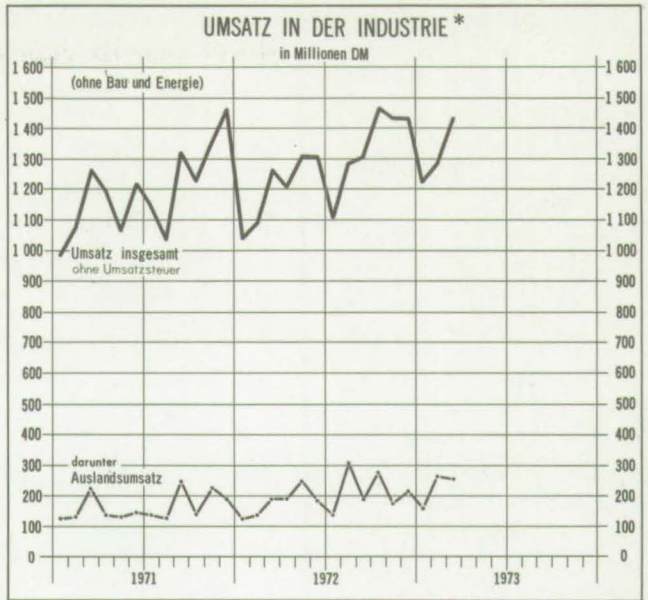
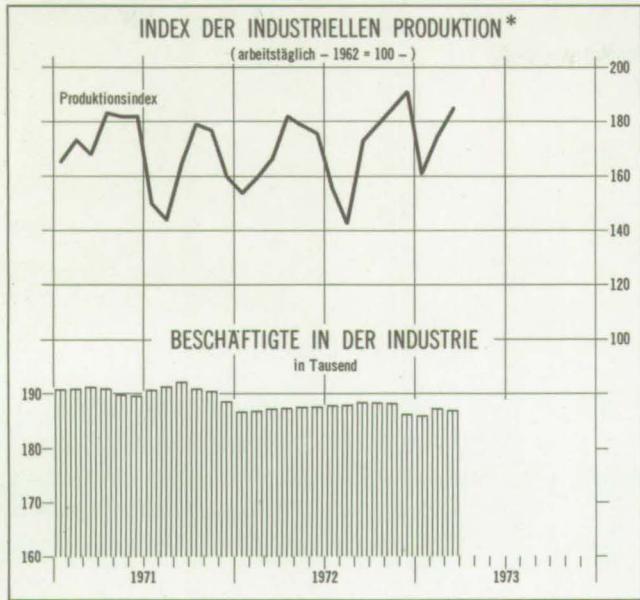
Dr. Matthias Sievers

Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
- Bücherei -

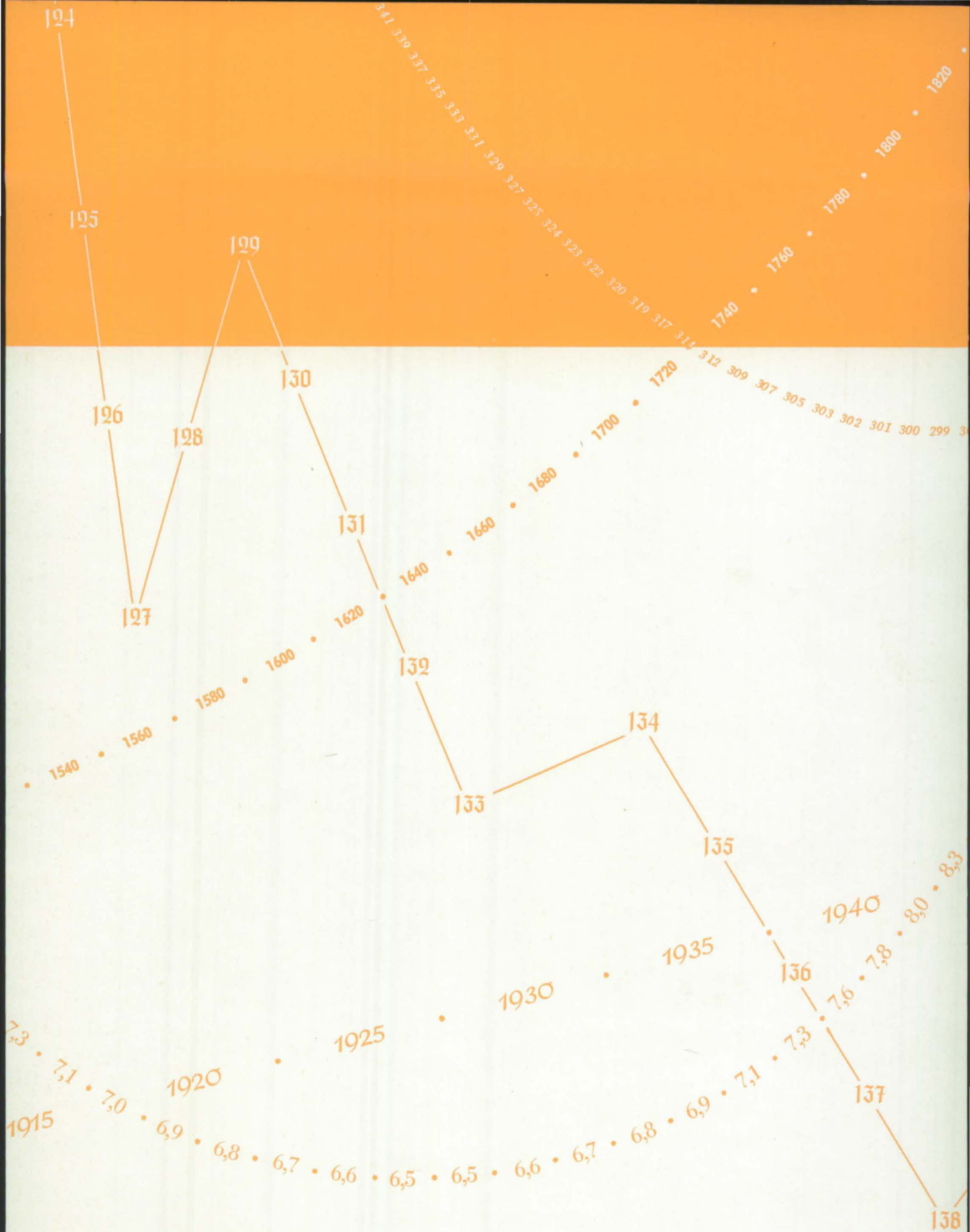


SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen